

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Samsburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 S., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 13. April 1895.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Belzerstraße 12.

Radikalismus in den Gewerkschaften.

So erfreulich die lebhafteste Beteiligung an der Mitarbeit zum bevorstehenden Verbandstage erscheinen muß, welche die große Zahl der gestellten Anträge, als auch die Vorträge und Debatten in den Filialen und den Erklärungen in unserem Verbandsorgan verrathen, da sie die rege Anteilnahme unserer Kollegen allerorts an der weiteren Entwicklung und Ausgestaltung unseres Verbandes beweisen, so schießt doch offensichtlich mancher Antrag und manche Kundgebung weit über das Ziel hinaus, das der bevorstehende Verbandstag nach der Lage der gegenwärtigen Verhältnisse sich stellen darf. Solche Erscheinungen sind leicht erklärlich, wenn man erwägt, daß der Verband sich in einem Dilemma befindet, der eine kräftige Initiative sowohl des Vorstandes, als auch der Mitglieder zur bringendsten Pflicht macht, um ihn wieder auf einen normalen, befriedigenden Stand zu heben, des Weiteren auch die liebgewordene Tradition der Arbeiterklasse in Rücksicht zieht, die halbes Illudwert verachtet und den Schäden radikal zu Leibe geht. Daß unter dieser Tradition namentlich die Kritik am Vorzüglichsten gedeiht, brauchen wir nicht auseinanderzusetzen, da diese Waffe den aufgeklärten Arbeiter zu einem respektablen Kämpfer und die Sozialdemokratie zur gefährlichsten Partei machte.

Aber dies enthebt uns nicht der Pflicht, aufzubauen und das Bestehende zu berücksichtigen, wenn wir erfolgreich aufbauen wollen; wir gleichen sonst dem Maurer, der eine Wand in die Luft oder auf den Sand baut und dann erst die nöthigen Grundmauern und Stützen unterschiebt, um sein Gebäu zu stützen. Schon die politische Bewegung hat uns diese Erfahrung gebracht, wie es unmöglich ist, zwei Schilde vorzuspriegen, wenn die Erhaltung des Gleichgewichts allemal erfordert, wieder einen Schritt zurückzugehen. Und wenn unsere praktische Politik im Staatsleben, wie auch unsere praktische Agitation bei dem Landvolke gezwungen ist, das Bestehende zu berücksichtigen, obgleich wir an seinem Bestand kein Interesse haben, wieviel mehr haben wir dann Veranlassung, die Elemente, aus denen unsere Organisationen bestehen, die Einrichtungen, die zu ihrem bisherigen Bestande gehörten, zu prüfen, ehe wir sie im Drange unserer Verbesserungs-lust in die Kumpelkammer werfen. Nicht Alles, was uns hier bedrückt, ist schädlich, so wenig als Dasjenige, was der Mehrzahl lieb geworden sein kann, immer nothwendig oder nützlich sein muß.

Die Gewerkschaften haben Verpflichtungen, die zu ihrem eisernen Bestande gehören, und denen sie sich nicht entziehen könnten, und wären sie noch so drückend, denn diese Pflichten sind nicht selbst auferlegte, sondern aufgebürdete, die um so höher wachsen, je tiefer die Widerstandskraft der Arbeiter und ihrer Organisationen sinkt, und die nur die

steigende Widerstandsfähigkeit erleichtert und abzumälzen gestattet. Da aber die Widerstandskraft der Arbeiter eng mit der Erfüllung aller dieser gewerkschaftlichen Pflichten verknüpft ist, so werden sie zu einem eisernen Muth, gegen welches anzukämpfen weder erfolgreich ist, noch von besonderer Einsicht zeugt. Es klingt zwar ungeheuer konsequent und radikal, im Bewußtsein der schmachvollen Unterdrückung und Aufzürbung, alle Lasten von sich abzuschütteln und die leeren Arme in die Luft zu recken mit dem Rufe: „So — nun vorwärts!“ Aber noch konsequenter ist der unerbittliche Existenzkampf, und noch radikaler als der Geist ist der Trieb, vor Allem der Hunger, unter deren rücksichtslosem Ansturm bald die Konsequenz zur schändlichen Inkonsequenz und der Radikalismus zum nothgedrungenen Opportunismus herabsinkt, denn nicht Alles, was radikal klingt, ist wirklich radikal, d. h. gründlich umgestaltend; erst der Erfolg krönt das Werk. Das Erfolgreichste in unserem Sinne, das also unser Ziel am kürzesten zu erreichen ermöglicht, ist daher auch das Radikalste. Der Erfolg ist aber nicht lediglich durch das Prinzip, sondern namentlich auch durch den Widerstand und die Natur der zu überwindenden Verhältnisse bedingt. Verschiedene Widerstände sind verschieden zu überwinden; bei einem ist ein Radikalmittel angebracht, das in anderen Verhältnissen nur eine Reaktion zur Wirkung hätte. Da hat nur eine langsam wirkende Arznei in geringen Dosen Aussicht auf Erfolg, wodurch jedoch nicht ausgeschlossen ist, daß späterhin auch hier ein Radikalmittel am Platze sein könnte. Auch das Konservative kann radikal sein, während der Radikalismus nur zu oft der Reaktion diene und sich dem wahren Fortschritt in den Weg warf.

In diesem Sinne ist auch der Auffassung zu begegnen, als könnten die Verbandstage der Gewerkschaften durch eine systematische Urabstimmung ersetzt werden, wie der Antrag Weimar in Nr. 12 der „Met.-Arb.-Zt.“, der zugleich ein schon fertig auf dem Papier gearbeitetes Urabstimmungsreglement bietet, veranschaulichen soll. Radikal mag dieser Vorschlag sein, der mit einer der höchsten und bedeutendsten Institutionen unserer Gewerkschaften aufzäumen soll, aber demokratisch ist er nicht, denn nirgends und zu keiner Zeit hat die Demokratie bezweckt oder beabsichtigt, das Vertretungssystem für zentrale Körperschaften gänzlich zu beseitigen und das Wort „Volksheerhaft“ im Sinne der unpraktischen Urselfständigkeit jedes Mitglieds anzulegen. Vielmehr war sich die Demokratie sehr wohl der praktischen Nothwendigkeit einer bevollmächtigten Vertretung bewußt, und ihr Wirken und Kämpfen galt dem Ziel, diese Vertretung durch reine Urwahlen zum wahren Ausdruck der Volksgemeinschaft, und durch Kompetenzen und Verfassungsrechte zum wahren herrschenden und bestimmenden Faktor zu machen. Um aber nicht in

dieser Vertretung eine neue Aristokratie emporwachsen zu lassen, um sie zu kontrolliren, zu bremsen oder anzuregen, wurde eine Reihe von Einrichtungen hinzugefügt, welche dem Volke einen maßgebenden Einfluß auf diese Vertretung sicherten, so die kurzen Legislaturperioden, die Volksinitiative und das Urabstimmungsrecht.

Weder die Initiative, noch die Urabstimmung sind für sich allein praktisch denkbar; sie bedürfen beide des ergänzenden oder vermittelnden Gliedes der Vertretung, welche die Vorschläge der ersten in die richtige, jeden fremden Sinn, oder Inhalt ausschließende Fassung kleidet und sie der andern als fertiges Produkt unterbreitet. Die Initiative allein böte keine Gewähr, daß die an 100 Orten hundertmal verschieden ausgebrückte, abgestufte und begründete Forderung die richtige Fassung und den richtig bemessenen Inhalt erhält. Sie bedarf einer Instanz, welche die verschiedenen Maße und Fassungen vergleicht, abwägt und sie dem Allgemeinbedürfnis anpaßt; die Urabstimmung kann nur über fertig formulierte, genau begrenzte Materien entscheiden, und sie entscheidet entweder mit Ja oder Nein.

Ein Vorschlag ist also, wie er ist, angenommen oder abgelehnt, obgleich in 99 von 100 Fällen der Gesamtheit mit keinem von Beiden gedient ist; praktisch zu verwirklichen wäre die allgemeine Urabstimmung also nur, wenn gleichzeitig Duzende von Vorschlägen zur allgemeinen Diskussion und dann, nach ihrer Tragweite geregelt, zur Abstimmung gebracht würden — ein köstliches Durcheinander, wobei wir uns doch bestimmen müßten, ob das wirklich praktisch wäre.

Wählt man auch zur Verathung jedes örtlichen Vorschlags eine Kommission, so kommt doch dabei nicht viel mehr heraus, als wenn die Urversammlung die Formulierung selber besorgte, da eine solche Kommission schon eine Abschwächung des sog. demokratischen Selbstbestimmungsprinzips bedeuten könnte. Zudem würde die lokale Kommission denselben lokalen Einflüssen Rechnung zu tragen haben, und wir hätten es schließlich doch mit diesen lokalen Anträgen zu thun, die von einander stark abweichen werden.

Oder will der radikale Reformier die Redaktion und Zusammenstellung der Vorschläge lediglich dem Vorstand überlassen, der die Urabstimmung auszusprechen hat? Oder vielleicht der Redaktion des Fachblattes, das dieselben zu veröffentlichen hat? Aber auf die Redaktion, auf die Fassung der Vorschläge kommt es ja hauptsächlich an; wie darf man die größte und allein maßgebende Arbeit dem Vorstande oder einer Preßkommission überlassen, ohne das demokratische Prinzip zu schädigen und einen herrschenden Faktor durch die Hintertür hereinzuschmuggeln, der selbst lokalen Einflüssen unterliegt, vor Allem aber von keiner Seite als völlig einwandfrei gehalten werden kann? Und dabei würde, maas es sich um den Vorstand die Re-

baktion oder eine sonstige Redaktionskommission handeln, denselben eine Arbeit aufgebürdet, die weit über ihre Kräfte und Verantwortlichkeit geht, die eine schriftliche Verbindung und vorzügliche Uebersicht über die gesammten wirtschaftlichen und Berufsverhältnisse voraussetzt, wie sie eben nur die persönliche Aussprache und das Zusammenarbeiten einer Wahlvertretung ergeben, sonst aber heute in keiner zentralisirten Gewerkschaft vorhanden sind.

Eine Generalversammlung von Vertretern läßt sich berathen, hört und sieht Alles zugleich, wägt die lokalen gegen die allgemeinen Interessen ab und entscheidet in beider Interesse. Wenn auch die Entscheidungen nicht immer das Richtige treffen, weil die Delegirten eben auch nur Menschen und zwar keine Nischenscheu Lebermenschen, sondern oft genug von lokalen und persönlichen Gesichtspunkten sehr eingenommene Menschen sind, die nicht gleich in den 4 bis 6 Tagen des Zusammenarbeitens sich gegeneinander ausgeglichen und eine für die Gesamtheit durchaus befriedigende Lösung gefunden haben, so ist es doch unter den Umständen das Beste, was zu erreichen ist. Vielleicht war in manchen Dingen die Ansicht des Vorstandes die richtigste, und eine stramme Diktatur im Kampfe hätte oft genug besser gekonnt, als eine widerstandsunfähige Unschlüssigkeit. Vielleicht auch war man hier und da zu viel der maßgebenden Meinung gefolgt, die auch nicht immer die stichhaltigste sein kann, — kurz, in keinem Verhältnisse werden sicherere Entscheidungen getroffen werden können, als wenn man die Meinung Aller hört und die Bedürfnisse Aller erwägt. Das kann der Vorstand allein ebenso wenig, als die lokale Urversammlung oder eine Redaktionskommission, aber der Vorstand allein könnte es doch noch besser als eine lokale Urversammlung. Was nützt es der Letzteren, wenn sie, um einen Statutenantrag zu beschließen, nur die beliebige Zahl von Fassungen vor sich hat, und ihr die dazu gehörigen Begründungen fehlen, die doch nothwendig sind, um die Vortheile und Nachtheile jeder Fassung zu erkennen oder zum Mindesten richtig zu würdigen? Da muß also jedem Vorschlag die gedruckte Begründung beigegeben werden, oder die Fachzeitung muß den dazu geforderten Raum stellen, der bei dem frischpulstenden Leben, den die Antragsteller darnach erwarten, kein kleiner sein dürfte. Und wie lange gilt dann der Beschluß einer solchen Urabstimmung, ehe er wieder durch eine neue Initiative der Minderheit, die doch nur selten unter 10 Prozent der Mitglieder betragen wird, angefochten und in Frage gestellt werden darf?

Und gar erst bei den Wahlen? Wie viele Urabstimmungen werden nöthig sein, um die Vorstandsmitglieder, den Redakteur, die Revisionskommission, den Ausschuß u. s. w. zu wählen und den Sitz des Ortes zu bestimmen, an welchem die Gewählten ihren Wohnsitz zu nehmen haben. Jede

Abstimmung bedürfte einer neuen Urabstimmung unter Bekanntgabe aller Gründe derselben, und ob die Urwähler dann die richtigen Personen gefunden haben, wenn sie dieselben nie gesehen und genannt — wer trägt dafür? Und wenn der Vorstand die Urabstimmung über irgend einen Punkt verweigert, vielleicht über eine außerordentliche Vorstandswahl oder sonstige Konflikte, wer leitet dann die Urabstimmung, da in dem so gründlich ausgearbeiteten Reglement von einem Ausschuss nichts zu finden ist, auch nichts von einem diesbezüglichen Rechte des Ausschusses? Dann könnten die Lokalverwaltungen allerdings mit der Budget- und Steuerverweigerung antworten; ob das aber zur Entwicklung und zum gezielten Wirken der Zentralisation beiträgt, lassen wir außer Frage.

Das System der Initiative und der Urabstimmung ist unpraktisch durch und durch, wenn man das Zwischenglied herausreißt, ohne das die genannten Einrichtungen nie entstanden wären. Sie haben beide nur einen Sinn, wenn man ihre Arbeit auf das beschränkt, was sie leisten können und was man billigerweise auch nur von ihnen verlangen darf. Die Initiative der Mitglieder, Anträge zu stellen, ist stets in den Gewerkschaften vorhanden gewesen, wie auch heute noch jedes Einzelmitglied zum Verbandstage Anträge stellen kann, oder dort als Gast persönlich vertreten kann, allerdings, ohne stimmberechtigt zu sein. Das Stimmrecht ist auf die Vertreter der Wahlabteilungen beschränkt, die sich vorher über alle Anträge zu informieren haben. Auch das Urabstimmungsrecht ist in vielen Gewerkschaften vorhanden, aber hier auf solche Fälle beschränkt, wo es den erwarteten Nutzen auch gewährleistet. Hier ist die Urabstimmung die höchste Instanz der Organisation, die über prinzipiell wichtige Beschlüsse des Verbandstages, wie Erhöhung oder Ermäßigung der Beiträge oder Verbandsleistungen statutenmäßig zu beschließen hat, und über sonstige Beschlüsse des Verbandstages dann entscheidet, wenn 2/3 der anwesenden Delegierten es verlangen. Das bedeutet also lediglich eine Nachprüfung und Bekräftigung oder Befestigung hervorragender Verbandstagsbeschlüsse, nicht aber eine Befestigung dieser Beratungskörperschaft. Desgleichen kann die Urabstimmung entscheiden, wenn Statutenänderungen plötzlich durch Gesetz bedingt werden, und eine schleunige Einberufung eines Verbandstages nicht ratsam erscheint. Dann aber handelt es sich zuweilen um bestimmte begrenzte Prinzipien, deren Formulierung keinen allzu großen Spielraum gestattet, und es fällt dieselbe dem Vorstand und Ausschuss gemeinsam zu. Soweit es sich um bestimmte Formulierungen handelt, kann eine Urabstimmung praktisch und von Nutzen sein, andernfalls kann sie höchstens als Nachprüfungsinstanz in Frage kommen, wo eine Delegiertenversammlung bereits vorbereitet und entschieden hat.

Auch zur Einberufung außerordentlicher Verbandstage könnte sie die Entscheidung bekommen. Es sind also nur außerordentliche Momente, für welche eine Urabstimmung geeignet ist, und das Auftreten solcher allein hat ihre Einführung geboten erscheinen lassen. Daraus ihre Verallgemeinerung herzuleiten, ist ebenso utopisch, als wollte man die Lynchjustiz als das Ideal der Gerechtigkeit preisen. In Wirklichkeit ist dieses System nicht radikal, sondern hemmend und erschwerend, und in der Praxis würde es die Reaktion, die Herrschaft der einseitigsten, zurückgebliebensten Meinung bedeuten; es ist nicht demokratisch, sondern führt entweder zur Diktatur des Vorstandes oder zur Diktatur der Individuen, zur Dezentralisation und Anarchie (womit nicht der schlechteste Sinn dieses

Wortes gemeint ist). Radikal ist es höchstens im Bestreben, aber nicht im Aufbau, nicht im Verbinden und Vorwärtsschreiten. Radikal scheint es mir in der Phrase, die an einem schönen Namen sich befestigt und damit den Tatsachen Genüge geleistet zu haben glaubt, wie so viele Phrasen radikal klingen.

Wie aber steht es mit den angeblich hohen Kosten der Generalversammlung, um deren Ersparnis willen solche Umwälzungen gerechtfertigt werden? In der Abrechnung vom Jahre 1893 sind die Kosten der Generalversammlung mit M. 8046,16 verzeichnet, wobei demnach auf jedes der am Jahreschlusse vorhandenen 28,429 Mitglieder der Betrag von 28,8 J., auf jedes der am Jahreschlusse 1892 vorhandenen 26,121 Mitglieder der Betrag von 80,9 J. entfällt. Da die Generalversammlung zu Ostern fiel, so können wir im Mittel 27,000 Mitglieder und pro Mitglied 80 J. der Kosten des Verbandstages im zweijährigen Turnus, pro Jahr und Mitglied also 16 J. rechnen. Das betrifft aber die Summe der Kosten nach der alten Vertretungsweise, wonach auf je 300 Mitglieder ein Delegierter entfiel. Nachdem nunmehr 500 Mitglieder einen Delegierten wählen, wird sich demnach der obige Betrag bedeutend ermäßigen; er wird für den bevorstehenden Verbandstag 20 J. pro Mitglied für 2 Jahre kaum übersteigen und da es fraglich ist, ob der Wegfall der Delegiertensteuer beschlossen werden dürfte, so wird die obige Ausgabe genügend durch den quartalsmäßigen Extrabetrag von 10 J. gedeckt, und es könnte sogar noch das Protokoll des Verbandstages gratis abgegeben werden, wenn alle Delegierten Steuern prompt bezahlt würden. —

Warum aber soll ein Verbandstag bloß der Rechnungslegung, Statutenberathung und Vorstandswahl dienen, die als seine nächsten Aufgaben allerdings zuerst in Frage kommen? Haben unsere Verbandstage wirklich nur ein so internes Interesse, daß wir den Blick nicht erheben dürften über den Rahmen des Statuts, um uns auch den weiteren Aufgaben der Verbände zuzuwenden, und vor allem, um auf wirtschaftlichem Gebiete eine Stellung einzunehmen, die der Bedeutung unserer Gewerkschaftsverbände entspricht? Oder hindern uns etwa formelle Gesetzesbestimmungen an dieser Stellungnahme, daß sie so ängstlich vermieden werden müßte? Zu jeder Zeit hat die Arbeiterschaft in Fragen Stellung zu nehmen, die über den Kreis der internen Verbandsangelegenheiten hinausragen und deren Erledigung nicht einem in ferner Zeit zu erhoffenden Gewerkschaftskongresse überlassen werden kann. Es sind keineswegs Doktorfragen, um die es sich handelt, sondern wichtige Fragen der Praxis, der Organisation, Agitation und der Taktik. Nur Blinde sehen davon nichts, und nur ängstliche Naturen gehen ihnen aus dem Wege, um nirgendwärts mögliche, traumhaft lächerliche Konflikte zu vermeiden, und dadurch geben sie die wahre Bedeutung und den Fortschritt der Gewerkschaftsorganisationen preis, und brücken denselben den Stempel der Bedeutungslosigkeit auf. Der wahre Gewerkschaftler ist nie um das Material zu den Verbandstagen verlegen; er findet den Stoff auf der täglichen Straße; er greift ohne Zögern und Zagen vor Kompetenzkonflikten hinein und weiß seine Verbandstage zu bedeutsamen Kundgebungen zu gestalten, und können sie alle Jahre vor. Auch diesmal liegen Fragen von eminenter Wichtigkeit für alle und jede der einzelnen Gewerkschaften vor. Wer hält uns zurück, zu ihnen Stellung zu nehmen? Warum kastriren wir uns?

Die Konzentration des Kapitals und die Gewerkschaften.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht in Nr. 12 der „Metallarbeiter-Zeitung“ ein Verbandsgenosse (O. H.) einen längeren Artikel, welcher, obwohl er in einer Reihe von Darlegungen den Nagel auf den Kopf trifft, doch in mehreren wichtigen Punkten zu einer Kritik herausfordert.

Die Dummheit des Artikels ist: daß, je mehr die Kapitalkonzentration fortschreitet, die Gewerkschaftsbewegung zur Stagnation, ja zur Ohnmacht verurtheilt werde. Die letzte Konsequenz, daß den kapitalistischen Kleinunternehmungen, den eigentlichen Großbetrieben gegenüber die Gewerkschaften machtlos und daher überflüssig seien, ist allerdings in den Ausführungen nicht direkt gezogen, allein sie ergibt sich aus der Summe der Einzelbarstellungen und den damit verknüpften Schlussfolgerungen.

Genosse O. H. hebt Eingang seiner Betrachtung hervor, es sei nicht zu leugnen, „daß die Gewerkschaftsbewegung z. B., wenn auch nicht gerade zurückgeht, so doch stagnire“ — eine Tatsache, die von seinem einsichtsvollen Gewerkschaftler gelugnet wird. Dieses Verhalten, sagt er, trete ganz besonders kraft in die Erscheinung, wenn man die Zunahme der Stimmen für die politische Partei der Arbeiter (d. i. die Sozialdemokratie) derjenige der Gewerkschaftsmitglieder entgegenstellt. — Dieser Vergleich hinkt einigermassen, wie es ja allerdings alle Vergleiche thun, und der Verfasser gibt uns an einer später folgenden Stelle selbst ein Beispiel an, welches uns zeigt, daß der krassere Gegensatz zwischen der starken Zunahme der sozialdemokratischen Wahlstimmen und dem geringen Zuwachs der Gewerkschaften an Mitgliedern nicht allenthalben vorhanden ist. Er sagt nämlich in einem Hinweis auf Essen: „So arbeiten z. B. bei Krupp in Essen allein mindestens 10,000 Metallarbeiter, eingerechnet derjenigen, die auf den anderen Essener Werken arbeiten, so daß man ruhig von 25—30,000 Metallarbeitern Essens reden kann. Und wie viel sind in der Essener Filiale organisiert? Keine 300! Bei den politischen Wahlen das gleiche Verhältnis. In der ganzen Stadt mit ungefähr 85,000 Einwohnern — 1700 sozialistische Stimmen.“ Damit gibt er also zu, daß dort kein Gegensatz zwischen geringer Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der politischen Wahlstimmen vorhanden ist, sondern das Gegenteil; daß die dortigen Arbeiter für die eine Bewegung ebensowenig zu gewinnen sind wie für die andere, daß also an der Nichtzunahme der Gewerkschaften nicht lediglich die dort auf das Höchste gesteigerte Kapitalkonzentration schuld sein kann, sondern daß daran auch noch andere Umstände die Schuld tragen müssen, Dinge, die er vielleicht als Nebenumstände bezeichnen wird und die man auch zum Theil als solche gelten lassen kann, die aber bei der Gesamtbewertung der Frage, warum die Gewerkschaften stagniren, sehr erheblich mit in's Gewicht fallen. Wir werden auf dieselben weiter unten noch zurückkommen. Sehr richtig hebt Genosse O. H. hervor, daß die Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation bedeutend mehr Opfer an Zeit und Geld erfordert, als dies bei Theilnahme an den politischen Bestrebungen erheischt wird. Trotz vieler gegentheiligere Behauptungen, sagt er, halten wir es dennoch aufrecht: die Gewerkschaft stellt ungleich mehr Anforderungen an den Geldbeutel der Mitglieder als die politische Partei und zudem sind die meisten Gewerkschaftler auch eifrige Parteigänger. Sie tragen also nach beiden Seiten die Kosten.

Wir gehen hierin noch weiter. Wir sagen: nicht bloß mit Bezug auf den Geldbeutel, auf Zeit und Geld, stellt die Gewerkschaftsbewegung höhere Anforderungen als die Parteithätigkeit, sondern auch bezüglich der Ertragung von Verfolgungen und Maßregelungen verschiedener Art. Der Arbeiter, welcher sich zum Mundstück seiner Kameraden bei Lohnforderungen, bei Streiks und ähnlichen Bewegungen hergibt, verfällt zehn Mal leichter der Linguade des Schornsteinbarons, als derjenige, welcher eine Wahlrede hält oder am Wahltage Stimmzettel vertheilt. Die Namen derer, die auf den schwarzen Listen figuriren, sind in den allermeisten Fällen herausgegriffen, weil ihre Träger Werkstätten „Sekerel“ getrieben, wie man es seitens der „Herren“ nennt, wenn ein Arbeiter unter seinen nächststehenden Kollegen für bessere Lebensbedingungen — höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit, bessere, menschenwürdigeren Behandlung etc. — eintritt oder weil er im Fachverein, in der Gewerkschaft für solche Forderungen Propaganda macht oder gar es wagt, an der Spitze einer Deputation bei dem gnädigen Herrn Unternehmer zu erscheinen und die Forderungen der Kollegen geltend zu machen; in weit selteneren Fällen ist die rein politische Thätigkeit Veranlassung zur Maßregelung, es sei denn, daß der „hohe Chef“ selber, heiße er nun Krupp oder Stumm oder Müllner, oder einer seiner guten Freunde oder „Erwerbsgenossen“ der Kandidat der von uns zu bekämpfenden kapitalistischen Partei gewesen wäre. Es dürfte daher kein Fehlschlag sein, wenn wir annehmen, daß die sehr viel größeren Opfer, welche der gewerkschaftlich thätige Arbeiter im Gegensatz zu dem nur politisch wirkenden Agitator riskirt, einigermassen lähmend auf die Lust zum Hervortreten in der Gewerkschaftsbewegung und damit auch auf den stärkeren Inzug zu letzterer wirken.

Genosse O. H. kommt des Weiteren auf die in manchen Gewerkschafts-Filialen unzweifelhaft existirende Miswirthschaft, welche dem Aufschwung auch viel schadet, auf die persönlichen Neibereien usw. zu sprechen und sagt dann:

„Aber haben wir nicht Filialen z. B. des D. M. B., die unsterblich (sogar nach Zeugnis des Hauptvorstehers) geführt werden? Wir kennen eine solche und an diesem Verwaltungsorte wird im Verhältnis zu anderen ein guter Lohn verdient. Hier fällt also auch der Grund der wirtschaftlich schlechten Lage fort und trotzdem ist in dieser Filiale nicht eine Zunahme, sondern eher eine Abnahme der Mitglieder zu verzeichnen. Nicht als wenn der Fall vereinzelte dastünde, nein, in Rheinland-Westfalen ist dieser Zustand die Regel.“

Wo liegt denn hier der eigentliche Grund? Ganz einfach in der fortgeschrittenen Konzentration des industriellen Kapitals, dem sich die Arbeiter gegenüber befinden. Und im weitesten Sinne ist in dieser ökonomischen Konstellation auch die Ursache des relativen Stillstandes der gewerkschaftlichen Organisationen zu suchen. Wir wissen von vornherein, daß wir mit dieser unserer Ansicht auf vielen Widerspruch stoßen. Herrscht doch bei Kennern der gewerkschaftlichen Bewegung die Meinung vor, in der großen Anhäufung von Menschenmaterial, wie sie die kartellirte Großindustrie bedingt, liege die beste Gewähr für das Aufkommen des organisatorischen Gedankens. Dieser Ansicht ist unter anderem auch Raum gegeben in dem von Dr. G. Lutz herausgegebenen „Sozialpolitischen Handbuch“. Aber, so freudig wir die Wahrheit jener Anschauung konstatiren wollten, wir können es nicht, die tatsächlichen Verhältnisse strafen dieselbe Lügen.

Als Probe auf das Exempel betrachten wir uns einmal Rheinland-Westfalen und seine gewerkschaftliche Bewegung.“

Der Verfasser schildert hierauf eingehend und in sehr interessanter Darstellung die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen, die Wählerarbeit der Pfaffen beider Konfessionen zu Gunsten des Kapitalismus, die Spelldellerei und Kriecherei in den Fabriken, die verberberischen Wirkungen des sogenannten Ko-

Sonnensystem, die moralischen Defekte der Arbeiter, welche der kapitalistischen "Ordnung" geschuldet sind etc., kommt aber dabei endlich doch wieder zu dem Schluß, daß nur die Konzentration des Kapitals, die Größe der Betriebe, die absolutistische Herrschaft des Glens (mit Hinweis auf Stumm) den Ausschlag der Gewerkschaften hindert sein. Freund S. begeht dabei den Fehler, daß er an der Hand der besonderen Verhältnisse auf Rheinlands und Westfalens schwarzer Erde die Gesamtentwicklung einseitig beurteilt.

Wo bliebe denn die englische gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, wenn es wahr wäre, daß lediglich die zunehmende Kapitalkonzentration die Arbeiter von den Gewerkschaften abhalte? Sind es nicht gerade die Riesenbetriebe in den englischen und schottischen Eisen- und Kohlen-Betrieben, welche die Riesenfiguren zu der Mitgliederzahl der (alten und neuen) trade unions liefern? Gibt es nicht Betriebe gerade in den Metallbranchen in England, Betriebe, die denen der Stumm, Krupp et tutti quanti noch weit "über" sind, deren Arbeiter fast Mann für Mann den Gewerksvereinen angehören? Dort ist gewiß auch Kapitalkonzentration in denkbar höchster Potenz vorhanden, und zwar in allen modernen Formen: Einzelbesitz, Aktiengesellschaft und Trust, und doch kann diese Konzentration und die damit verbundene gewaltige wirtschaftliche Macht des Unternehmertums die Arbeiter nicht vom Anschluß an ihre wirtschaftlichen Kampf- und Unterstüßungsorganisationen abhalten!

Warum sollte Letzteres nun gerade in Deutschland der Fall sein?

Ja, wird man uns einwerfen, in Großbritannien sind denn doch die Grundbedingungen ganz andere als bei uns in Deutschland: erstens bestanden die Arbeiterorganisationen zum großen Teil bereits, bevor die gewaltige Kapitalkonzentration vollzogen war; sie sind sozusagen mit derselben gewachsen; so dann haben sich die dortigen Unternehmer seit Jahrzehnten daran gewöhnt, die Arbeiter auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu behandeln, es kommen weit weniger wirtschaftliche Vergewaltigungen vor als bei uns in Deutschland und außerdem hat der englische Arbeiter wirkliches Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht, während diese schönen Dinge bei uns fast nur auf dem Papier bestehen.

Diese Einwürfe sind aber nur geeignet, uns in der Ansicht zu bestärken, daß es auch in Deutschland nicht unmöglich ist, trotz der großmächtigen Kapitalzusammenschweißung die Arbeiterorganisationen auf die richtige Höhe zu bringen und daß es noch andere Gründe sind neben der Kapitalkonzentration, welche unserer deutschen Bewegung hinderlich sind. Man bedenke doch, daß die Riesenbetriebe in Rheinlands-Westfalen zunächst noch Ausnahmen sind, daß also auch in Deutschland, wie das in Großbritannien der Fall war, die Gewerkschaften zu gleicher Zeit mit der Kapitalkonzentration wachsen und sich entwickeln können. Und das Befahren der englischen Unternehmer mit den Arbeitern auf dem Fuße der Gleichberechtigung ist auch noch nicht so gar alten Datums und doch nur eine Folge der mächtigen Arbeiterorganisationen. Bleibt demnach das Fehlen der Bewegungsfreiheit der Arbeiter in Deutschland, während der Bourgeoisie Alles gestattet ist. Und dies ist nach unserer Meinung das Haupthindernis für die Entwicklung unserer Gewerkschaften. Vereinigungen, welche jahraus jahrein einen sehr großen Teil ihrer Kraft vergebend müssen auf die Abwehr jener kleinen Kampfmittel, welche die herrschenden Klassen durch ihre Polizei

und ihre sonstigen Kräfte gegen sie anwenden lassen; die fortwährend in aufreißender Tätigkeit für ihre bloße Existenz kämpfen und dabei enorme Weidmittel für Geldstrafen, Advokatenkosten, Bewahrgeldunterstützungen und Verwandschaften aufwenden müssen, können naturgemäß ihre Tätigkeit nicht in dem Maße den Hauptaufgaben, den wirtschaftlichen Kämpfen, den Lohnbewegungen etc., anwenden wie ihre englischen Genossen.

Um aber wieder auf die speziell rheinisch-westfälischen Verhältnisse zu kommen, so müssen für dort doch verschiedene Dinge in Betracht gezogen werden, die in manchen anderen Gegenden Deutschlands unbekannt sind. Genosse S. hat selbst schon den unheilvollen Einfluß geschildert, den dort das Pfaffenhum hat und den es mittels der von ihm gegründeten und geleiteten Vereine immer weiter ausdehnt. Er hat hinzugefügt, daß trotzdem von dem Begriff "Gottesfurcht" oder "Frömmigkeit" nicht die Rede sei, daß die Nothheit groß, daß das Messer allsonntäglich seine Rolle spielt. Das liegt eben an der Art und Weise, wie dort seit Jahrhunderten das Volk gedrückt ist. Schreiber dieses kennt Rheinland und Westfalen, sowie die in Betracht kommenden Arbeits- und Arbeiterverhältnisse ziemlich genau und kann deshalb bei deren Beurteilung mit sprechen. Ein großer Teil der ethnischen Arbeiterbevölkerung dort selbst, welche von Generation zu Generation auf ein und demselben Werk weiter gezüchtet wird, nur höchst selten einmal mit fremden, gekerkerten (im Handwerker Sinne genommen) Elementen durchsetzt wird und von auswärts kommenden Zuwachs meist nur in minderwertiger Qualität (Zugung Ungelernter aus dem Osten, Polen etc.) erhält, die ferner immer auf den nämlichen Artikel arbeitet, der seit unvorstelligen Zeiten auf dem betreffenden Werk hergestellt wird, und dadurch nicht diejenige factische Selbständigkeit erlangt, welche ihr im Falle von ersten Differenzen erwidlichen würde, auch anderwärts ihr Fortkommen zu finden — wir sprechen dabei immer von den auf den großen Werken beschäftigten Metallarbeitern — betrachtet den Unternehmer als ihren angestammten Herrn, an welchem Verhältnis nicht gerüttelt werden könnte. Dieser große Teil der Arbeiter, der in der von S. erwähnten Weise von den Pfaffen in seiner klavischen Gesinnung erhalten wird, kann sich auch nicht entfernen in die Ideen der modernen Arbeiterbewegung hineinzuwenden, ebensowenig wie der größere Teil verpöfelter schlesischer, sächsischer oder sonstiger Bauern. Dabei sind die Unternehmer des Westens bis jetzt immer so schlau gewesen, die Höhe ihrer Ausbeutungsobjekte nicht bis auf's tiefste Niveau herunterzubringen, sondern dieselben auf einer Stufe zu halten, von der man in Arbeiterkreisen leicht geneigt ist, zu sagen: es gibt "guten Lohn". Daß freilich in den mehrerwähnten Gegenden auch die Preise der Lebensmittel und der Wohnungen erheblich höher sind als in weiten Gegenden Mitteldeutschlands, des Ostens und des Südens, darf dabei nicht unerwähnt bleiben. Der "gute Lohn" steht sich daher bezüglich seiner ziffermäßigen Höhe als ein "besserer" wie der anderwärts gezahlte an, der Ausgleich aber, um die Räume des Arbeiter-"Wohllbens" nicht in den Himmel wachsen zu lassen, ist in den höheren Preisen für den Lebensbedarf gegeben, so daß den Arbeitern die materiellen Sorgen keineswegs erspart bleiben, welche eine so gewaltige Ursache bilden, den Arbeiter, namentlich den verheirateten, von der Organisation fernzuhalten.

Je größer die Fabrik, je größer die Beschränkung der persönlichen Freiheit

und daher auch die größere Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Klaffenbewußtsein ist nicht in dem von Vielen angenommenen Sinne vorhanden", sagt Genosse S. in seiner Schilderung. Die Berliner Kollegen werden ihm beweisen, daß, so weit ihre Verhältnisse in Betracht kommen, so ziemlich das Gegenteil richtig ist. Gerade die großen Fabriken Berlins stellen das Hauptkontingent zu der gewiß nicht unbedeutenden — wenn auch immerhin noch lange nicht ausreichenden — Gewerkschaftsbewegung, die in der Reichshauptstadt (leider meist nur in lokalen Vereinen) vorhanden ist. Freilich kommt für Berlin wie auch für andere große Industriestädte, so in Sachsen und im Süden, der Vorteil in Betracht, daß durch das Zusammenwohnen großer Massen von Arbeitern in eng beisammen liegenden Stadtvierteln und in solchen Häusern, auf welche sich die Macht ihrer "Arbeitsgeber" nicht erstreckt, die Agitation ungenügend erleichtert wird, während Arbeiter, die in Alleen, so insbesondere auch bezüglich der Wohnung und des Einkaufs von Lebensmitteln und Kleidungsstücken (siehe Krupp) vom "Herrn", vom Werkbesitzer abhängig sind, ein viel schlimmeres Arbeitsfeld haben. In manchen Gegenden Mitteldeutschlands macht man die Erfahrung, daß es am schwierigsten ist, Eingang für die Gewerkschaftsbewegung zu finden in Landorten mit isolierten Fabriken, wo die Arbeiter auch nach jeder Richtung unter der Kontrolle des Herrn stehen, während in den Großstädten die Größe des Betriebs kein Hindernis bildet.

Es darf nach all' diesen Betrachtungen und auch nach den Darlegungen des Kollegen S. selbst wohl ausgesprochen werden, daß nicht die Kapitalkonzentration als solche, wenigstens nicht allein, es ist, welche den Ausschlag der Gewerkschaften hindert, sondern daß es vielmehr an einer Reihe von, allerdings sehr gewichtigen, Nebenumständen, die ja unabwendbare Begleiterscheinungen des Kapitalismus sind, liegt, wenn in gewissen Gegenden Deutschlands, wo das konzentrierte Großkapital dominiert, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter mit so großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Dieselben sind aber nicht unüberwindlich. Und Mittel und Wege zu suchen und zu finden, um ihnen mit Erfolg zu Felde zu rücken, das soll — womit wir wiederum mit S. durchaus einverstanden sind — eine Hauptaufgabe der kommenden General-Versammlung unseres Verbandes sein.

Die deutschen Metallarbeiter im Jahre 1894.

Zu verfloffenen Jahre ist in mehreren Artikeln an der Hand von Handelskammerberichten, Geschäftsabstößen etc. eine Darstellung der Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie im Jahre 1893 und im ersten Halbjahr 1894 gegeben worden. Namentlich die Angaben über die von Aktiengesellschaften gemachten Reingewinne, die fast durchwegs höher waren als im Jahre 1892 und von denen bis zu 25 Prozent Dividenden an die Aktionäre verteilt wurden, ließen erkennen, daß das Unternehmertum im Allgemeinen gute Geschäfte gemacht hat und sich denn auch theilweise als "befriedigt" erklärte. In einer der nächsten Nummern dieses Blattes werden wir eine Darstellung der Geschäftslage der deutschen Metall- und Maschinenindustrie im Jahre 1894 geben, die ebenfalls für die Unternehmer nicht unbefriedigend, zum Theil sogar noch besser, als 1893 war.

Da keine ganz oder halbamtlichen Be-

die Arbeiter bestehen, die alljährlich eine Darstellung der Lage der Arbeiter geben könnten, so müssen dies die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen oder auch die Redaktionen der Gewerkschaftsblätter thun. Leider ist das Material, welches hierin zur Verfügung steht, weder erschöpfend noch vollkommen; dieses Material steckt in den Korrespondenzen der Gewerkschaftsblätter, das beispielsweise im Jahrgang 1894 der "D. M. A. Ztg." sehr umfangreich und durchwegs von höchstem wirtschaftlichen und sozialen Interesse, aber, wie schon bemerkt, in mehr als einer Beziehung unzulänglich ist. Es ließe sich jedenfalls besseres Material gewinnen, wenn die Ortsvorstände unter Bemühung von einheitlichen, gedruckten Formularen alle Vorkommnisse im Arbeitsverhältnisse während des Jahres eintragen und am Schlusse desselben zusammenstellen und ergänzen würden durch Angaben über die am Orte vorhandenen Fabriken und Werkstätten, über die Zahl der Aktiengesellschaften und ihrer jährlichen Geschäftsberichte, über die Zahl der Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, über Arbeitszeit, Arbeitslöhne, Ruhepausen, Nacht- und Sonntagsarbeit, Beschaffenheit der Arbeitsräume, Fabrikinspektion, Behandlung der Arbeiter durch die Unternehmer und ihre Angestellten, über die Preise der wichtigsten Lebensmittel, der Wohnung, über die Steuern, über den Stand und die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation u. s. w. Diese Jahresberichte der Sektionen an den Zentralvorstand müßten natürlich nicht ungeheuer lang, sondern kurz und bündig gehalten sein, so daß ohne allzu viel Arbeit alle Jahre in Broschürenform eine Gesamtdarstellung der Lage der Arbeiter einer Industrie gegeben und dargelegt werden könnte, ob die Arbeiterlage sich verbessert oder verschlechtert habe. Das englische Arbeitsamt ist in dieser Art thätig.

Wenn nachstehend der Versuch gemacht wird, auf Grund der im Jahrgang 1894 dieses Blattes enthaltenen Korrespondenzen und Mittheilungen eine Uebersicht über die Kämpfe und die Veränderungen im Arbeitsverhältnis im verfloffenen Jahre zu geben, so ist von vornherein zu bemerken, daß dieselbe auf Vollständigkeit und Genauigkeit nicht Anspruch erheben will, da das benutzte Material diese nicht gestattete. Wir zählten 31 Streiks (1893: 10) und 40 Warnungen, zusammen 71 offene und nicht zu Streiks geführte Lohnkonflikte. Nach den Branchen vertheilen sich die Streiks: 8 Formier-, 6 Metallarbeiter, 8 Metallbrücker, je 2 Dreher, Schlosser, Schmelde und je 1 Drahtarbeiter, Nadelarbeiter, Mechaniker, Klempner, Schleifer, Feilenhauer, Metallschläger, Zingießer. Die Warnungen vertheilen sich: 9 Metallarbeiter, 6 Klempner, 5 Feilenhauer, 4 Formier-, je 2 Schlosser und Gürtler und je 1 Emailtwerker, Lokomotivführer, Nadelarbeiter, Zingießer, Selbgießer, Drahtarbeiter, Eisengießer, Metallbrücker, Brillen- und Pincenezarbeiter. In Betracht kommen folgende Orte für die Streiks: Nürnberg (5 Mal), Simbach i. S., Schwelm (2 Mal), Hof, Augsburg, Reula b. Mustau, Finsterwalde, München, Großsch, Berlin (2 Mal), Altenburg, Greiz, Selmsfeld, Frankfurt a. M., Bremen, Wilhelmshafen, Leipzig-Blagowiz, Schwäbisch-Gmünd, Karlsruhe, Gilstrow, Geestemünde, Heidelberg und Zeitz; für die Warnungen: Pirna, Sarstedt, Schlemma, Oberursel, Altenburg, Preuzlau, München (2 Mal), Rißelsheim, Frankfurt a. M., Chemnitz, Kiel, Danzig, Essen, Nürnberg (2 Mal), Potsdam, Tuttlingen, Aachen, Dresden, Heide i. S., Denden b. Dresden, Sangerhausen, Münster (2 Mal), Dortmund, Dietrichsdorf, Neuhoppin, Neu-Isenburg, Schwelbnitz, Berlin (2 Mal), Sudenthalde, Ansbach,

Mathenow, Wilkau u. Joldan, Rudolfs-
hafen, Schmilgling u. Nürnberg.

Wie bei den andern Berufsarten, so
ist es auch bei den Metallarbeitern der
Fall, daß sie nicht immer über Verlauf
und Ausgang des Lohnkonfliktes ein
Organ berichten; auch selbst über die
Ursachen fehlt in mehreren Fällen die
nötige Aufklärung. Nur für 23 von
den 31 Streiks konnten wir die Ursachen
ermitteln; diese waren in 14 Fällen
Lohnreduktion oder andere Entziehung
der Akkordarbeit oder auch Verwendung
von anderem Material, bei dessen Ver-
arbeitung die Arbeiter weniger verdienten.
Im Zusammenhang mit der Lohnreduktion
stand in mehreren Fällen Verlängerung
der Arbeitszeit. Diese Thatsache ist für
Alle von besonderem Interesse. War oft
schon ist von gegnerischer Seite die von
den Arbeitern aufgestellte Behauptung von
Verlängerung der Arbeitszeit und Re-
duktion der Löhne, wodurch die Lage der
Arbeiter bedeutend verschlechtert wird, als
eine „Lüge“, als „sozialdemokratische
Seyerei“ u. hingestellt worden. In
Grotzsch, Oberursel, Neu-Hendburg und
Mathenow, wahrscheinlich noch an andern
von den 71 Orten, sind Lohnreduktionen
mit gleichzeitiger Ausdehnung der Ar-
beitszeit durchgeführt worden. Mit Aus-
nahme von Grotzsch ist es nicht einmal
zum offenen Widerstand der Arbeiter
gegen solche Verschlechterungen gekommen,
man warnte nur vor Zugung und über
den Ausgang des Streiks in Grotzsch
haben wir keinen Bericht gefunden,
wahrscheinlich haben ihn die Arbeiter
verloren. Weitere Streikursachen waren
in 6 Fällen Maßregelungen, in 2 Fällen
schlechte Behandlung und in 1 Fall lange
Arbeitszeit. Bei den 40 Warnungen
handelte es sich in einigen Fällen um
Maßregelungen, die meistens wegen der
Mitgliedschaft bei der Organisation oder
wegen Vertretung der Arbeiterinteressen
in der Fabrik selbst, in den übrigen,
meisten Fällen aber um Lohnreduktionen.
Die Warnungen lauten in der Regel
kurz: Wegen Lohnunterschieden ist der
Zugung fernzuhalten. Manchmal folgt ein
näherer Bericht über die Situation, in
den meisten Fällen aber, wenn es nicht
später zum Streik gekommen ist, hört
man von dem Fall nichts mehr.

Nur von 15 Streiks ist uns der Aus-
gang bekannt geworden. Davon hatten
9 für die Arbeiter gungen, 1 theilweisen
Erfolg, 5 Streiks endeten mit der Nieder-
lage der Arbeiter. Von den 10 erfolgre-
reichen Streiks entfielen je 2 auf die
Former und Metallarbeiter und je 1 auf
die Drahtarbeiter, Nadelarbeiter, Metall-
drücker, Mechaniker, Schleifer und Dreher
(letzte theilweisen Erfolg). Die fünf
Niederlagen der Arbeiter vertheilen sich
zu 2 auf die Metallarbeiter (dabei 1 Fall
in einer Fahrradfabrik) und zu je 1 auf
die Former, Metalldrücker und Schmiede.

Streik-Abrechnungen fanden wir nur 5
und zwar von Limbach, Keula, Frank-
furt a. M., Karlsruhe und Nürnberg.
An diesen 5 Orten wurden Streikgelber
eingekommen und ausgegeben:

Limbach	139,11
Keula	741,80
Frankfurt a. M.	1858,61
Karlsruhe	401,34
Nürnberg	10,296,14

Sa.: M 13,437,-

Wie viel die andern 26 Streiks ge-
kostet haben mögen? Es ist sehr be-
dauerlich, daß nicht über jeden Streik,
ja über jeden Lohnkonflikt, selbst wenn
er ganz unbedeutend scheint, in unserem
Organ von den Kollegen, namentlich von
den Vorständen, eingehend und über-
sichtlich berichtet wird. Insbesondere bei
Streiks ist es die einfachste Pflicht der
Kollegen, nachdem sie mehr oder weniger
Hilfe beansprucht und erhalten haben,
auch über den ganzen Verlauf des Kon-

fliktes von seiner Entstehung an bis zum
Ende zu berichten.

Zu unserer Darstellung selbst ist noch
zu bemerken, daß man nicht selten mit
Erstaunen die Berichte über die Arbeits-
verhältnisse liest. Man findet da Wochen-
löhne von 10, 12 M und selbst darunter,
tägliche Arbeitszeiten bis zu 18 Stunden,
ein blühendes Abzugswesen, das theil-
weise etwas von Gannerel und Staub an
sich hat, ausbeuterischen Patriarchalismus
(Kost und Logis beim Arbeitgeber),
Trucksystem, Kommando der Frau Fabri-
kantin oder Meisterin und eine häufig
sehr unwürdige, verächtliche Behand-
lung der Arbeiter seitens der Geschäfts-
inhaber und ihrer Angestellten. Dabei
gelte ich wieder, daß, je schlechter die
wirthschaftliche Situation der Arbeiter,
desto geringer ihre Widerstandskraft gegen
die Unterdrückungen und Verschlechter-
ungen der Unternehmer ist. Es zeigt sich
ferner, daß den Kapitalisten kein Arbeits-
lohn zu schlecht und niedrig ist, um ihn
nicht noch weiter, noch tiefer herabzudrücken.
Konkurrenz und Bereicherungssucht sind
die maßgebenden Beweggründe für dieses
arbeiterfeindliche Treiben. Gilt man
dazu die durchgeführten Verlängerungen
der Arbeitszeit und die Maßregelungen
der organisierten Arbeiter, die manche
Existenz vernichteten — vollends durch
die teuflische schwarze Liste —, so gelangt
man zu dem sicheren Schlusse, daß die
wirthschaftliche und soziale Lage der
deutschen Metallarbeiter im Jahre 1894
eine Verschlechterung erfahren hat.

Da in den meisten Fällen der Streiks
und übrigen Lohnkonflikte die Unter-
nehmer die Urheber waren, so haben
wir wieder die Beweise dafür, daß nicht
die Arbeiter, sondern die Unternehmer,
die großen, wie die kleinen, es sind,
welche beständig hegen und schüren, durch
ihre Lohnreduktionen, Maßregelungen,
Beschimpfung der Arbeiter, Uebervorteil-
ungen aller Art und ähnliche Handlungen
die Arbeiter zur Unzufriedenheit, zur
Empörung, zum Streik treiben und da-
durch den „sozialen Frieden, die Eintracht
und das gute Einvernehmen“ zwischen
Arbeiter und Arbeitgeber stören. Daß
die „braven“ nichtorganisierten und nicht-
sozialdemokratischen Arbeiter von der Aus-
beutung durch die Unternehmer ebenso
getroffen werden, wie die organisierten und
daß sie in ihrer Zerspaltung und Ohn-
macht erst recht Alles über sich ergehen
lassen müssen und sich nicht wehren können,
ist eine bittere Ironie der Geschichte und
sollte diese „braven“ Arbeiter belehren,
daß bei der „Harmonie zwischen Arbeit
und Kapital“ die erstere immer die
Kosten tragen muß. Wo bleibt denn
übrigens die „Harmonie“ bei dem be-
ständigen Unterdrückungskampfe der Unter-
nehmer gegen die Arbeiter? Hier ist
nirgends „Harmonie“, sondern offener,
brutaler und permanenter Klassenkampf
und die Unternehmer sind es, welche den
Klassenkampf immer auf's Neue entzün-
den und schüren. Das einzige „Böse“
der Sozialdemokratie ist, daß sie dem
Kind den rechten Namen gegeben und die
schwindelhafte Harmonie ehrlich Klassen-
kampf nannte.

Ein trauriges Kapitel sei schließlich
noch berührt, nämlich das, daß fast alle
verlorenen Streiks und Lohnkonflikte ver-
loren gingen für die Arbeiter durch das
selbstmörderische Wüthen der Streik-
brecher. Wie Schafal und Hyäne nach
der Schlacht, so stellen sich die Streik-
brecher nach Proklamation des Streiks
überall ein. Eine besonders schmachvolle
Rolle haben die Hirsch-Dunderianer, die
man die organisierte Streikbrecher-Armee
nennen könnte, bei dem großen Streik
in Güstrow gespielt. Der wie kein an-
derer so ausführlich in diesem Blatte
behandelte Güstrower Streik ist unseren
Lesern bekannt, so daß wir ein näheres
Eingehen darauf unterlassen können.
Manuel an moralischem Muth und an

Charakter, Mangel an Klassenbewußtsein
und Solidarität, sind meistens die Ur-
sachen, warum so viele Arbeiter zu Ver-
räthern an ihren Klassengenossen und zu
selbstvernichtenden Helfershelfern des
Kapitals werden. Mit der Ausbreitung
und Vertiefung der sozialdemokratischen
Ideen und mit der Ausbreitung und
Stärkung unserer Organisationen sollte
auch das schwarze Kapitel der Streik-
brecher seine Erledigung finden.

Zur Arbeitslosen-Unterstützung.

Von der Diskussion über meinen „Vor-
schlag zur Güte“ in Nr. 9 d. Z., sowie auch
von der allgemeinen Diskussion über die
Arbeitslosen-Unterstützung im Verband-
sorgan kann ich nicht umhin zu konstatieren,
daß sie in gewisser Hinsicht viel zur Klärung
beigetragen hat. Die in vorgelegter Hinsicht
gemachten Ansetzungen zusammenfassend,
will ich jetzt, soweit ich mich mit den Ausfüh-
rungen von Hamann-Braunschweig, —m.,
und Schlessen-Plavensburg einverstanden er-
klären kann, meine Zustimmung nicht ver-
sagen, im Gegentheil aber auch das nach
meiner Ansicht Verlehrte zu widerlegen ver-
suchen.

Zu Hamann's etwas handgreiflicher
Bolemit etwas hinzuzufügen, erbringt sich
für mich eigentlich. Die Ausführungen S.'s
konstatieren in der Hauptsache, daß es in
Braunschweig nicht möglich war, eine Ar-
beitslosenunterstützungsliste über Wasser zu
halten. Nach meinem Dafürhalten kann das
Scheitern eines solchen Unternehmens an
Personen und Verhältnissen liegen. Wenn
schon nach der Manier und den Manieren
S.'s (siehe seine Bolemit in Nr. 9 d. Z.)
verfahren wird, dann ist auch für das
Scheitern organisatorischer Bestrebungen bald
eine Erklärung zu finden. Andernfalls,
wenn die Verhältnisse in Braunschweig ab-
norme sind, liegt noch gar nicht Veranlassung
vor, von anderen Orten dasselbe anzu-
nehmen und, um vollständig zu reden:
einen Weinbruch mit Wassersuppen zu
kurieren. Wie weit die Berufung auf eine
Kampfsorganisation und der Wunsch nach
einer solchen gerechtfertigt ist, läßt sich nicht
ermessen. Meine Ansicht in diesem Punkte
ist die: Ich bin Anhänger einer Kampfs-
organisation, aber — in bestimmtem Maße.
Für Streiks u. dgl., die den Stempel der Aus-
sichtslosigkeit offen zur Schau tragen, bewil-
lige ich kein Geld, ganz gleich, ob der Streik
noch so berechtigt ist. (Schließlich sind dies
alle Streiks.) Wenn von großen Lohn-
kämpfen der Zukunft geredet wird, soll man
nur auch davon reden, daß ganz gewiß im
letzten Augenblick die Polizei den „Lohn-
kämpfern“ „den Knüttel zwischen die Beine“
wirft. Darüber sind wir doch gewiß alle
einig, daß die Wehrde ihr Schoßkind
Kapitalist bez. Unternehmer nicht scheren
läßt, und was hilft es dann dem Arbeiter,
daß er Jahre lang sich auf den großen
Lohnkampf, der so traurig endet, vorbereitet
hat? Ein guter Theil unserer für „Lohn-
kampf“ schwärmenden Kollegen gefällt sich
aber eben in leichtsinnigen Kampfs-
organisations-Tiraden. Für uns, die wir uns
solche Selbstüberschätzung nicht leisten, liegt
gar keine bindende Veranlassung vor, zum
Mitempänger einer Tracht Prügel zu werden.
Ueberhaupt denke ich mir einen Lohnkampf
nur noch aussichtsreich, wenn Massen be-
theiligt sind und nicht kleine Organisationen.
Massen beim Ausstand zu unterstützen
oder unterstützen zu können, wird sich wohl
heute keine Gewerkschaft mehr einbilden.
Es kann somit nur darauf ankommen, Massen
zu lehren, ihnen Verständnis für ihre Lage
zu geben und das Band der Solidarität
fest, fester als bisher zu knüpfen, daß sie
aus diesen Gründen, wenn es ja einmal
zum Klappen kommt, Stande halten. Die
Organisation kann nicht mehr angreifender
Theil sein; die Organisation wird, wenn sie
nur genügend stark ist, das Unternehmertum
in gebührenden Schranken halten.
Wenn der Damm, denn unsere Gewerk-
schaften dem Unternehmertum gegenüber
bilden, einmal von kapitalistischer Ausbeutung
überschwemmt werden wird, d. h. wenn die
Arbeiter-Organisationen dem Unternehmertum
nicht mehr respektabundig sind,
dann werden wir, wir mögen uns sträuben
so viel wie wir wollen, auf ökonomischem
Gebiete machtlos, auf politischem Gebiete
allgewaltig sein. An uns ist es, diesen Zu-
sammenstoß, diese Sturmfluth noch möglichst
zu verhüten, der sozialdemokratischen Partei
möglichst viel Zeit zur ruhigen Entwidlung
zu schaffen. Und dieses unser heiligstes
Bestreben fördern wir nicht durch verlorene
Streiks u. dgl., sondern durch Zusammen-
schluß aller Kollegen. Dieser Zusammen-
schluß für uns Metallarbeiter im Deutschen
Metallarbeiter-Verband muß aber vor allen
Dingen sein Augenmerk darauf richten:
Gewonnenes zu behalten und schließlich
Neues hinzuzugewinnen.

Es wird heute argumentirt (ich komme
später unter —m., nochmal darauf zurück):
„Die jetzigen Beiträge kommen nicht ein,
geschweige die höheren.“ Sie kommen be-
stimmt besser ein als die niedrigen!
Meistens ist nur Summe und mangelndes
Interesse Ursache des schlechten Eingehens
der Gelder. Zahlten die einzelnen Mitglieder
wöchentlich oder 14tägig Beiträge, dann
würde ihnen das Entbehren der Geldmittel
hoffentlich viel leichter fallen, als auf die zum
Theil sehr viel in Anwendung gebrachte
Summenweise. Hohe Beiträge fesseln erst
Mitglieder an unsere Fahne, und entsprechende
Leistungen verdienen sie wieder mit den
hohen Beiträgen. Heute aber wird in mancher
Organisation künstlich anverzoget: Ihr könnt
nicht mehr leisten. Wenn dies oft genug
wiederholt wird, dann glauben es schließlich
alle und die Organisation kommt auf den
Grund, und das in minimalen Umfang auf-
gebrachte Geld ist, weil es den angestrebten
Zweck nur zum zehnten Theile erfüllt, direkt
auf die Straße geworfen. Alle Organi-
sationen mit hohen Beiträgen ver-
eintigen einen höheren Prozentsatz
ihrer Berufsgenossen in ihrer Mitte;
sie liefern aber auch insofern durchschlagende
Beweise, als nicht (prozentual) so viel Mit-
glieder aus mangelndem Interesse wieder
abschwenken. In vielen Gewerkschaften
sieht man wie in einem Taubenschlag —
Tauben fliegen fort — andere kommen.
Welt mehr Respekt würden sich die Arbeiter-
Organisationen bei Hebermann verschaffen,
wenn sie diese Mängel beseitigten durch
hohe Beträge! Wenn Jemand ein Haus
baut, rechnet er doch damit, daß das Funda-
ment fest ist; wir in unseren Organisationen
bauen bis in die Wolken, sogar bis in die
Wippen, aber das, was wir gebaut haben,
purzelt unter unseren Händen wieder zu-
sammen. Wie viele Mitglieder haben wir
nicht, die eine Woche Beitrag zahlen und
dann wieder von der Bildfläche verschwinden?
Das muß anders werden! Die Annahme
der Arbeitslosen-Unterstützung und
mit ihr die erhöhten Beiträge sind
Mittel und Wege dazu.

Genosse —m. sieht in einigen Punkten
seines sonst sehr guten Artikels recht schwarz.
Er berührt z. B. das Nichteinkommen der
Einkommenslose. Der Ertragsmarkt, dieses
Schmerzkind, wird ja hoffentlich
von der Generalversammlung in Magdeburg
beseitigt werden und ich glaube, dann wird
sich auch die Total-Einkommenslose besser
gestalten. Wer heute genügend Beiträge schuldig ist —
läßt sich streichen. Diese Thatsache wird
meiner Ansicht nach durch das vergrößerte
Interesse (durch hohe Beiträge und die
Leistungen) behoben, zum Mindesten sehr
eingeschränkt werden. Es würden sich auf
diese Weise die Fonds vergrößern, und das
Verhältnis zur Arbeitslosen-Unterstützung
ein günstigeres werden. Aber Genosse L.m.
befindet sich in einem großen Irrthum, wenn
er die Beiträge zur Arbeitslosen-Unter-
stützung so hoch veranschlagt. Der (Genosse)
führt aus, daß bei 1 M Unterstützung pro
Tag auf jedes Mitglied eine Beitragslast
von 10 M pro Jahr aufgebürdet werden
müßte. 20 M sonstiger Beitrag, „bei
welchem an Arbeitslosen-Unterstützung gar
nicht gedacht werden kann“ macht 40 M zu-
sammen pro Woche. Eins vergißt aber der
Artikelschreiber, nämlich: daß wir schon eine
Art Arbeitslosen-Unterstützung in Gestalt des
Reisegeldes zahlen. Bei Einführung der
durchgängigen obligatorischen Arbeitslosen-
Unterstützung fielen selbstverständlich dieser
Bezug weg. 62,000 M gezahlte Reise-Unter-
stützung nicht mehr zu zahlen bedeutet ein
Plus, d. h. ein Weniger in der Ausgabe
der 28,000 Mitglieder des Verbandes von
pro Kopf ca. 2,20 M pro Jahr. Nach Ge-
nosse —m.'s Berechnung würde sich die
Arbeitslosen-Unterstützung noch theurer,
wie er annimmt, stellen, denn er hat noch
keine Kontis für die erforderlichen Druck-
sachen, Bücher u. ausgelegt. Bei Wegfall
des Reisegeldes könnten die bisher dort ver-
brauchten Mittel für Verwaltungszwecke bei
der Arbeitslosen-Unterstützung verwandt
werden. Genosse —m. sagt ferner: Es
wäre nur billig, eine der Unterstützungsbe-
rechtigung vorangehende mindestens achtstägige
Arbeitslosigkeit vorauszusetzen. Ich gehe
weiter, ich nehme die Zeit von 14 Tagen
als billig und recht an, vor Bezug der Ar-
beitslosen-Unterstützung arbeitslos sein zu
müssen. Dieser Passus kommt wiederum
einer ganz wesentlichen Erleichterung für den
Verband gleich und lese ich ja diese ver-
minderte Ausgabe für solche Personenge-
legenheiten wie Unterstützung nach § 2c oder
Unzugsgeld verwenden. Thatsächlich steht
fest, daß die Gewährung bezw. die Ein-
führung der Arbeitslosen-Unterstützung von
pro Tag 1 M einer Mehrbelastung der Mit-
glieder von höchstens 15 M pro Kopf und
Woche gleichkommt. Und um den Preis ist
die Arbeitslosen-Unterstützung von 7 M pro
Woche gefunden. Obendrein sind wir in
Stand gesetzt, Vergünstigung analog des
Unzugsgeld-Vorschlages des Genossen —m.
zu berücksichtigen. Thun wir dies vor der

Hand nicht, so sind wir sehr wohl im Stande, den Verband bei 20 Wochenbeiträgen mit der Arbeitslosen-Unterstützung halten zu können. Ueberlassen bleibt es dann immer noch den Kollegen, meinen anh. Nr. 8 d. Z. gemachten Vorschlag zur Güte zu tun und Fremden in Erwägung zu ziehen.

Die Ausführungen des Genossen Schilling halte ich vor der Hand nicht für die Praxis geeignet. Wir haben Querschnitte noch genug, die noch nicht einmal den Nutzen des Industrie-Verbandes erkennen, — darum nicht zu weitgehende Forderungen.

Ich bitte Euch nun, werthe Kollegen, prüft unbesangene, nicht mit eingeredeten Vorurteilen, die Euch offerierten Vorschläge.

Segig-Fährig sagte vor zwei Jahren: „Diese Unterstüzung (der Arbeitslosen) kann nicht einmal das deutsche Reich mit seiner gewaltigen gesetzgeberischen Kraft einführen, geschweige unser Verband.“ Wenn wir so lange warten wollen, bis die heute herrschenden Klassen etwas für uns thun, dann werden wir Wahren.

Selber ist der Mann, wir können Alles, was wir ernstlich wollen.

Guido Hartung,
Freiburg in Schlessen.

Bemerkung.

Zu der Fugnote des Aufsages über die Arbeitslosen-Versicherung in der Schweiz in Nr. 14 der Deutschen Metallarb.-Ztg. und die ich mir die kurze Bemerkung erlaube, daß ich in den Nummern 9 und 11 genau denselben Standpunkt vertreten habe, dem ich bereits in den früheren Artikeln der „D. M.-Ztg.“ vom Jahre 1894 Ausdruck gegeben habe. Nicht vertheidigt, weil ich es für überflüssig hielt, eine Polemik über die Arbeitslosenversicherung zu beginnen, sondern weil in der Kontroverse zwischen mir und meinen Opponenten Alles gesagt worden ist, was in dieser Frage gesagt werden kann, beschränke ich mich einfach auf die zitierten Artikel und die im Anschluß daran geführte Polemik hinzuweisen.

Berlin, 4. April 1895.

Dr. G. Luz.

Anträge

zur II. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Magdeburg.

Anträge des Ausschusses.

- § 10 Abs. 8. Soll präzisierter gefaßt werden.
- § 11. Ist zu streichen.
- § 18 Abs. 4. Soll heißen: Die Ausschüßmitglieder werden von den Bahnhöfen desjenigen Ortes gewählt, an welchem die betr. Körperschaft ihren Sitz hat.
- Abs. 6. Zu streichen: „in Prozeß gerathen.“
- § 20 Abs. 1. Die monatliche Abrechnung der Hauptkasse ist jeweils von 3 Beamten des Hauptvorstandes zu revidiren und haben diese über die Revisionen an den Ausschüß Bericht zu erstatten.
- Abs. 2. Der Gehalt der besoldeten Verbandsbeamten wird diesen am 1. jeden Monats im Voraus bezahlt.
- Abs. 3. In Krankheitsfällen wird der Gehalt der Beamten um die Krankentageunterstützung gekürzt; die Beiträge zur Krankenkasse für die Beamten leistet der Verband.
- Abs. 4. Bei Beurteilungen oder für sonstige dem Verband nicht gewidmete Arbeitstage wird der hierauf entfallende Gehaltszettel abgezogen und zwar pro Tag 6 M.

Statuten.

- § 1 Abs. 1. Kombinierte Versammlung Berlin und Umgebung. Statt „Stuttgart“ zu setzen: Berlin.
- § 2. Erford. Eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen.
- Ferlokht. Ausdehnung des Rechtsschutzes auf Unfallverletzungen.
- Konstanz. Eingeschlagen: 1. Daß verheirateten Mitgliedern Unzugskosten gewährt werden. 2. Rechtsschutz auch in anderen als gewerblichen Streitigkeiten zu gewähren.
- § 2 (u. 5). Jähershausen. Die Reiseunterstützung abzuschaffen.
- Magdeburg. Das Reisegeld entweder gänzlich abzuschaffen oder die Summe so zu stellen, daß die anderen und wichtigeren Aufgaben des Verbandes keinen Schaden durch das Unterstüzungswesen erleiden.

Planen i. V. Abschaffung der Reiseunterstützung und Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

- § 8. Erford. Eingeschlagen, daß Mitglieder, die sich nicht vorchriftsmäßig abmelden, auf Antrag einer Verwaltungsstelle ausgeschlossen werden können.
- § 4 Abs. 1. Erford. Statt „ein halbes Jahr“ ein Jahr.
- Witten. Statt „2 M“ 1 1/2 M und statt „1 M“ 75 P.
- Fürth. Die Reiseunterstützung für die Sommermonate auf 1 M, für die Wintermonate auf 2 M festzusetzen.
- Meißen (Eingel. Mitglieder). Statt „2 M“ 1 M und vom Tage der Abreise an eine 7tägige Karenzzeit einzuführen.
- Neusalz a. O. Eingeschlagen: Ein Mitglied hat nur dann Anspruch, wenn es eine Woche auf der Reise ist, vom Tage der Abmeldung an gerechnet.
- Nürnberg (f. Sekt.). 5. Wahlabtheilung. Statt ein „halbes Jahr“ zu setzen ein Jahr.
- Abs. 4. Witten. Statt „20 M“ 15 M.
- Abs. 6. Cottbus. Statt „40 M“ 30 M.
- Witten. Statt „40 M“ 30 M und hinzuzufügen: Mitgliedern, welche vor Ablauf des ersten Jahres auf die Reise gehen, kann nur bis zu 10 M gewährt werden.
- § 6. Witten. Statt „6 Monate“ 9 Monate.
- Meißen (Eingel. Mitglieder). Mitglieder, welche wegen der Agitation sowie wegen ihrer sonstigen Thätigkeit für den Verband gemahregelt werden, zu unterstützen (Verheiratete mit 9 M und 50 P für jedes Kind, Ledige mit 7 M pro Woche).
- § 8. Alt- und Neugersdorf. Abs. 1 und 3 zu streichen.
- Neusalz a. O. Abs. 1 zu streichen.
- § 9 Abs. 2. Erford. Den Ortsverwaltungen die Vollmacht zu ertheilen, den kranken und arbeitslosen Mitgliedern den Beitrag zu erlassen.
- Bremen. Mitgliedern, die länger als 6 Wochen krank oder arbeitslos sind, die Beiträge zu erlassen.
- Königsberg. Folgende Fassung zu geben: Während der Dauer von Krankheit und Arbeitslosigkeit, welche nachweislich länger als 14 Tage dauert, sind die Mitglieder von den Beiträgen befreit. Der Nachweis ist bei der betr. Ortsverwaltung zu erbringen und hat dieselbe dieses im Mitgliedsbuche unter Bezeichnung des Stempels zu vermerken.
- Witten. Folgende Fassung zu geben: Bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit von länger als 4 Wochen kann dem Mitglied der Bei-

- trag für die Dauer derselben erlassen werden. Die Kontrolle hierüber steht der Ortsverwaltung zu. Bei Krankheiten in der Familie oder sonstigen Nothfällen kann dem Mitglied u. s. w. (wie im jetzigen Abs. 2).
- Schwelm. Mitglieder, die länger als eine Woche krank oder arbeitslos sind, vom Beitrag zu befreien.
- Stettin. In der ersten Zeile statt „kann“ zu setzen: muß. Ferner: „oder vom Verbandsvorstand“ zu streichen.
- Schwendt. Den Zusatz zu geben, jeden Wohnungswechsel innerhalb 8 Tagen bei der Ortsverwaltung anzugeben, widrigenfalls der Ausschüß erfolgt.
- § 11. Stettin. Die Revisionskommission soll dem Vorstand die Marken einhändigen.
- § 18 Abs. 6. Altenburg. Eingeschlagen: Ebenso sind Votanten der Hilfsarbeiter auszuscheiden und aus denselben Berufsgruppen zu wählen, die am hervorragendsten organisiert sind.
- § 14 Abs. 1. Altenburg, Bremen. . . . oder Sachsektionen“ zu streichen.
- Abs. 7. Alt. u. Neugersdorf, Altenburg, Mühlhausen i. Th. Statt „88 1/2 Prozent“ 25 Prozent.
- Fürth. Folgende Fassung zu geben: Zur Bestreitung für lokale Zwecke behalten diejenigen Verwaltungsstellen, welche eine Mitgliederzahl bis zu 100 haben, 88 1/2 Prozent, die über 100—200 25 Prozent, diejenigen, welche über 400 haben, 15 Prozent ihrer Gesamteinnahme am Orte zurück.
- Schwelm. Statt „88 1/2 Prozent“ 25 Prozent, bei Beitragserhöhung auf 20 M 20 Prozent.
- Fürth u. Genossen. Eingeschlagen. Bei Beitragserhöhung statt „88 1/2 Prozent“ 20 Prozent.
- Stettin. Ist nach Ablauf von 6 Wochen vom Fälligkeitstermin die Einsetzung der Abrechnung nicht erfolgt, so hat der Vorstand eine Revision der britischen Verwaltungsstelle durch einen Beamten der nächstgelegenen Bahnhöhe zu veranlassen.
- Parlsruhe. Bei Erhöhung der Beiträge auf 20 M 25 Prozent statt „88 1/2 Prozent“.
- § 15. Kiel. Eingeschlagen, daß der Delegirte bei Entfernung von 800 Kilometern ein Rundreisebillet zu benutzen hat.
- Parlsruhe. Alle Angelegenheiten des Verbandes durch Urabstimmung zu regeln.
- Konstanz. Abschaffung der Generalversammlung und an deren Stelle Einsetzung der Urabstimmung.
- Abs. 2. Schwelm. Statt „500“ 800 und statt „250“ 400.
- Abs. 3. Schwelm. Statt „8 M“ 7 M.
- Cottbus. Statt „8 M“ 6 M.
- § 16 Abs. 4. Bodentheim. Folgende Fassung zu geben: Beschlüsse und Statutenänderungen erfolgen durch absolute Stimmenmehrheit.
- Abs. 9 (neu).
- Braunschweig (Schlosser). An Stelle einer außerordentlichen Generalversammlung muß der Vorstand der Kostenersparniß halber eine Urabstimmung vornehmen lassen.
- § 17 Abs. 2. Karlsruhe. Die Generalversammlung alle 3 oder 4 Jahre stattfinden zu lassen.
- § 20 Abs. 2. Erford. Die Adressenverzeichnisse mit 5 M zu berechnen.
- § 22. Königsberg. Hinter „in Nürnberg“ einzufügen: welche alle 14 Tage erscheint.

Sonstige Anträge.

- Berlin 3. Eventualantrag: Für Berlin einen Beamten anzustellen.
- Braunschweig (Schlosser). Alle Marken sind dem Vorstande vom Ausschüße zu übergeben.
- Fuerth. Für einen Kongreß aller Gewerkschaften Deutschlands kräftig einzutreten.
- Kiel. 1. Ueber die Erhöhung der Beiträge eine Urabstimmung stattfinden zu lassen. 2. Die Generalversammlung möge Mittel und Wege finden, dem Ueberhandnehmen der Produktial- und Bezirkskonferenzen vorzubeugen.
- Witten. 1. Ein einheitliches Markensystem einzuführen unter Wegfall aller Extrastempeln. 2. Die Anträge des Vorstandes in Zukunft gleichzeitig mit dem Wahlreglement zu veröffentlichen. 3. Vorstandsmitglieder, soweit dieselben in festem Gehalt stehen, dürfen größere Agitationstouren nicht unternehmen.
- München (Sekt. d. Forster). Diejenigen Mitglieder vom deutschen Forsterbund, welche dort ihre Karenzzeit hinter sich haben, vom Deutschen Metallarbeiter-Verband als vollberechtigte Mitglieder anzuerkennen.

- München (Eingel. Mitgl.). Den Beschluß der 1. Generalversammlung, wodurch Joh. Urban seiner Stellung als Verwaltungsmittel verlustig ging, aufzuheben, da schon 2 Jahre verstrichen sind.
- Nürnberg (f. Sektion). Allerorts das Einzahlungsbüchlein einzuführen.
- Fürth u. Gen. Eingeschlagen. In die Mitgliedsbücher ein Abrechnungs-Schema als Beilage, wie die Geschäft- und Abrechnungen zu führen sind, einzufügen, damit jedes Mitglied gegebenen Falls die Geschäfte besorgen bzw. die Verwaltungen kontrolliren kann.
- Schwendt. 1. Die Generalversammlung möge eine Kommission wählen, die sich mit der Arbeitslosigkeit beschäftigt und alles geeignete darauf bezügliche Material sammelt, welches der nächsten Generalversammlung vorzulegen ist. 2. Die gewählten Delegirten nach Beendigung der Wahlen in der Metallarbeiter-Zeitung bekannt zu machen.

Streitreglement.

- Nürnberg (f. Sekt.). Eingeschlagen: Findet die Gesamtvorverwaltung bzw. der Vertrauensmann den Streit gerechtfertigt, so ist demselben die Anerkennung seitens der Ortsverwaltung bzw. Vertrauensmann sofort zu geben.
- Nürnberg (f. Sekt.). Bei Abwehrstreits in Betrieben, wo eine Abmündigungsfrist ausgeschlossen ist, können die Arbeiter die Arbeit sofort niederlegen, wenn die Bedingungen der §§ 3 und 4 erfüllt sind.
- § 7. Frankfurt a. M. (Ala.) Mitglieder anderer Organisationen, welche in Folge ihres Berufs mit in den Streit eintreten, erhalten die gleiche Unterstützung wie Verbandsmitglieder. Die Zurückstattung von denselben Organisationen, welchen die betreffenden Angehörigen, hat der Hauptvorstand zu erledigen.

Verbandsorgan.

- G. Harjcher, E. Waums, W. Gerhardt, N. Stid, Gg. Wald, Carl Jöhner und J. Konrad von der allg. Verwaltungsstelle Fürth:
- 1. Der Sitz der Redaktion und Expedition des Verbandsorgans ist an den Sitz des Vorstandes zu verlegen.
- 2. Der Vorstand wird beauftragt, in den Jahresabrechnungen die Ausgaben für das Verbandsorgan im Detail anzuführen.
- Böhm a. M. Die Verbandsberichte noch mehr zu kürzen und mehr Fachgewerbliches zu bringen.
- Königsberg. Berichte auf das Nothwendigste zu beschränken und Anzeigen nach Möglichkeit fortzulassen. Dafür mehr Augenmerk auf das Technische zu richten.
- Magdeburg. Die Zeitung so zu redigiren, daß die Verbandsberichte, Vereins- und Verbandsangelegenheiten 2 bis 2 Seiten weniger wie bisher einnehmen. Der freigebliebene Raum ist mit technischen, volkwirtschaftlichen und das Weseswesen erklärenden Artikeln auszufüllen.
- Mitglied Guido in Furburg. Einen Vereinskalendar einzuführen. Die Verwaltungsstellen reichen die Anzeigen für ihre Verbandsorgane auf ein ganzes Jahr ein. Die Anzeigen müssen frühzeitig bekannt gegeben werden; wenn z. B. die Verbandsorgane am letzten Sonnabend im Monat stattfinden, so ist in den letzten zwei Nummern im Monat die Anzeige zu bringen.
- Parthheim. Die Interessen der weiblichen Mitglieder mehr zu bedenken durch Beirathung u. s. w.
- Fürth. Die nichtverbrauchten Zeitungen den Verwaltungen zuzustellen.

- 5. Wahlabtheilung. Die „D. M.-Ztg.“ nur alle 14 Tage erscheinen zu lassen.
- Uebertritt des Deutschen Gold- und Silberarbeiter-Verbandes.
- Bergerdorf. Den Uebertritt nur dann zu genehmigen, wenn er auf Grund der Bedingungen unseres Verbandsstatuts erfolgt.
- Böhm a. M. Die gestellten Anträge derselben nicht anzunehmen.
- Generalkommission.
- Braunschweig (Schlosser). Sobald die finanzielle Lage des Verbandes es gestattet, die noch rückständigen Quartalsbeiträge an die Generalkommission zu zahlen.
- Berufsstatistik.
- Stettin. Fragebogen ausarbeiten und drucken zu lassen, dieselben dann je nach der Mitgliederzahl an die Verwaltungsstellen zu vertheilen. Mit einem Exemplar für die Ortsverwaltung, auf welchem dieselbe nach Ausfüllung der Fragebogen die genaue Zusammenstellung getrennt nach Branchen vornimmt. Die letzten Exemplare werden an den Hauptvorstand eingesandt und hat derselbe die Veröffentlichung im Verbandsorgan erfolgen zu lassen.

An die Delegierten der II. ordentlichen General-Versammlung

richtet das Vorkomitee das Ersuchen, nicht in den Vororten Magdeburgs auszufragen, sondern bis zum Hauptbahnhof Magdeburg fahren zu lassen.

Für die Unterbringung der Delegierten in Privatwohnungen, soweit die Wünsche der Delegierten dem Lokal-Komitee übermitteln, ist Sorge getragen, und wird den Delegierten ihre Wohnung bei ihrem Empfang mitgeteilt.

Grothums Restaurant.

Zentralherberge der Gewerkschaften Magdeburgs.

Das Lokal-Komitee.

Korrespondenzen.

Gelbgießer und Gütler.

Humburg. D. M. W. Die Sektion der Gelbgießer, Gütler und Metallarbeiter hielt am 20. März eine Mitgliederversammlung ab. Bei „Fabrikinspektorat“ wurden die mangelhaften Einrichtungen in den Gütler- und Gießerarbeiten einer Kritik unterzogen.

Metallarbeiter.

Auerbach i. S. Am 23. März wurde der Bevollmächtigte des Verbandes gekündigt mit dem Hinweis, daß er ein „notorischer Hege“ sei, der ihm (dem Fabrikanten) seine Arbeiter aufwiegle und Unzufriedenheit in die Fabrik gebracht habe.

Berlin (Nord). In der 86. Wahlabteilung (Berlin und Umgebung) waren 7 Kollegen als Kandidaten zur 2. ordentlichen Generalversammlung in Magdeburg aufgestellt. Im ersten Wahlgang sind 319 Stimmen abgegeben worden.

Ackerstr. 110; G. Dieck, Schwedterstr. 88; Joh. Gandt, Putzbrunnstr. 22; Quar, Coppelstr. 22; Julius Brück, Vohringstr. 41; Guede, Feinstr. 17; Wiedemann, Gartenstr. 106; (Ecke Liedstraße); Mandel, Seelstr. 25; Mattner, Müllerstraße 162a; Karl Benner, Chausseest. 51; Faberland, Wellmannstr. 87.

Presden-Altkandi. Eine gut besuchte Metallarbeiter-Versammlung tagte am 30. März im Saale des „Trianon“. Gewisse Dr. Waller referierte in ca. zweistündiger Rede über das heutige Russland. In hochinteressanter Weise führte der Vortragende den Anwesenden die Eigentümlichkeiten des russischen Lebens vor.

Frankfurt a. M. Die am 6. April von 85 Mitgliedern besuchte Versammlung der allg. Verwaltungsstelle beschäftigte sich mit der vom Hauptvorstand beantragten zweiten Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. Zunächst wurde Kollege Brehm einstimmig wieder als Kandidat aufgestellt.

Hannover. In einer am 28. März für den Vorort Hainholz abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung referierte Genosse Göbel über „Die Einnahme der Arbeiter“. Er schilderte die Verhältnisse in früherer und jetziger Zeit und besprach ausführlich die Ernährungsweise der Arbeiter.

Alten 4 M erhalten, jetzt bekommt er nur noch 1-1,25 M, höchstens 2 M. Im Besonderen wurde die Kommission beauftragt, das Weltere betreffs der Vorstandswahl zc. der neu zu begründenden Verwaltungsstelle Hainholz des D. M. W. zu veranlassen.

Böckst. n. M. Am 20. März fand wieder einmal seit langer Zeit eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Nach Vorannahme der Stichwahl zur Generalversammlung kam es zu einer lebhaften Debatte betreffs der Besetzung der Konferenz in Mainz.

Frankfurt a. M. In der am 30. März abgehaltenen Mitgliederversammlung standen die Anträge zur Generalversammlung zur Diskussion und führte namentlich § 14 Abs. 7 eine lange Erörterung herbei, indem der Antrag gestellt wurde, denselben wieder in der früheren Fassung in das Statut aufzunehmen.

Köln. Am 26. März hielten die Filialen Köln, Köln-Ghrenfeld, Mülheim und Ralf eine gemeinschaftliche Sitzung. Die Anträge des Vorstandes wurden in ihrer bestehenden Fassung angenommen. Nur der Antrag zu § 14 Abs. 7 wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Leipzig. 5. April. Metallarbeiter, Achtung! In der Motorenfabrik von Grob u. Co. zu Leipzig-Gutlich werden Lohnreduktionen geplant!

Mühlheim a. M. Am 24. März fand im Gasthaus „Zur schönen Aussicht“ eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in der Genosse Dr. Quark aus Frankfurt über die Christlich-Sozialen und die Gewerkschaften unter großen Beifall referierte.

stehenden Gewerkschaften beitreten. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Mayer-Mühlheim und Schrotz und Donges-Oßnabach. Nach dem Schlusswort des Referenten wurde eine Resolution, in der sich die anwesenden Metallarbeiter verpflichteten, dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande beizutreten, einstimmig angenommen.

Münsterberg. Der Streik in der Metallfabrik von Marschütz u. Co. dauert fort. Der Zug von Hinwärts ist ziemlich stark, so daß es der Firma gelungen ist, ca. 70 Mann Ersatz zu erhalten, die bei Arbeitslosigkeit von der hochwohlthätigen Polizei beim Ausgange an der Fabrik in Empfang genommen und eine Strecke weit begleitet werden, angeblich, um sie vor den „Gewaltthätigkeiten“ der Streikenden zu schützen. Thatsache ist ja, daß einem Streikbrecher, der sich gegen die Streikenden in provokantester Weise benahm, von einem nicht-streikenden Arbeiter aus einer anderen Fabrik einige berbe Hiebe versetzt wurden, was die Polizei veranlaßte, zwei Mitglieder des Streikkomitees zu verhaften. Einer der Verhafteten wurde sofort wieder entlassen, den andern hält man noch gefangen. Hier zeigt sich also deutlich, daß die Polizei im Klassenstaate zum Schutze des Kapitalismus da ist.

Sonntag gewählte Kommission beauftragt, die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit einzuleiten. Folgende Resolution gelangte zu einstimmiger Annahme: Die heutige Versammlung fordert die streikenden Arbeiter der Maschinen- und Wagnereifabrik auf, in ihrer bisherigen Haltung zu verharren, und verpflichtet sich, dieselben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in ihrem gerechten Kampf zu unterstützen. — Trotz der vielen Streikbrecher von auswärts ist der Stand des Streiks kein ungünstiger, da mit dem Streikbrechermaterial solide Arbeit nicht hergestellt ist. Herr Marschall sucht auch die besseren Arbeiter unter den Streikenden durch höhere Lohnangebote zu gewinnen, aber diese bleiben fest, sie kämpfen nicht für sich, sondern für ihre geringere bezahlten Kollegen. Wir ersuchen, den Bezug strengstens fern zu halten!

Speyer. Von Herrn Rechtsanwalt Spay erhalten wir folgende Zuschrift: Die in Nr. 18 Ihres Blattes vom 30. März abh. unter der Überschrift „Korrespondenzen“ aus Speyer gebrachte Mitteilung über das Verhalten des Arbeiters Vogt beruht laut Mitteilung des Herrn Maschinenfabrikanten Karl König dahier auf Unwahrheit. Vogt hat keineswegs die Entlassung von Arbeitern veranlaßt. Ich ersuche Sie hiermit um gest. Ausnahme einer Berichtigung in Ihrem Blatt, zugleich auch um Benennung des Verfassers. (Es ist selbstverständlich, daß wir den Namen des Verfassers nicht nennen, aber wir müssen den Einsender der Notiz ersuchen, entweder den Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung zu erbringen oder diese selbst zu widerrufen. Red.)

Stettin. Kombinierte Versammlung am 30. März. Der Bevollmächtigte vom Zentrum erklärte auf Befragen, daß die Resolution in der Angelegenheit Kohlbusch angenommen sei. Die Abrechnung vom Winter vergangen ergab einen Ueberschuß von 1145 M., was die Neuwahlen bestätigten. Zur Maßfeier erklärten viele Kollegen, daß sich eine allgemeine Arbeitsruhe nicht durchführen lasse, daß aber da, wo nicht gearbeitet wird, man sich den Parteibeschlüssen zu fügen habe. Die Schwermische Fabrik betreffend wurde ein Antrag angenommen, wodurch der Arbeiterausschuß beauftragt wird, hierzu Stellung zu nehmen. Ferner wurde die Ortsverwaltung ermächtigt, in Ausnahmefällen die im § 2c vorgesehene notwendige Unterstützung aus der Sozialkasse zu gewähren und darüber vierteljährlich Bericht zu erstatten. Dem Vertrauensmann der Metallarbeiter wurden 50 M. aus der Sozialkasse überwiesen. Eine lebhaft debattierte Angelegenheit war die des Gewerkschaftsartikels, die Bibliotheken betreffend. Die Delegierten Schulz und Scheffler erstatteten Bericht hierüber, namentlich versuchte letzterer die Vorteile einer Zentralbibliothek hervorzuheben. Die meisten Redner waren jedoch der Meinung, daß diese Frage noch Zeit gehabt hätte, in erster Linie hätte es nach, das Zentralherbergswesen gründlich zu regulieren. Folgender Antrag wurde mit 65 gegen 3 Stimmen angenommen: Die heutige kombinierte Mitgliederversammlung beschließt: 1. weil das Zentralherbergswesen noch nicht den notwendigen Ansprüchen der Gewerkschaften entsprechend ausgebaut ist; 2. weil die Zentralbibliothekfrage verfrüht; 3. weil Bedenken gegen heftige Maßnahmen vorliegen; 4. weil die diesigen Verwaltungsstellen das Verfügungsrecht über die Bibliothek nicht allein besitzen — diesen Vorschlag vorläufig abzulehnen. Ebenfalls wurde folgender Antrag dem Kartell zur Unterbreitung angenommen: 1. Die gesamte Mitunterstützung auf einer Zentralstelle auszugeben; 2. Schlafmarken auszugeben an sämtliche dem Kartell angehörende Gewerkschaften. Im Verschiedenen wurde noch die Beschwerde eines zugewiesenen Kollegen besprochen. Ein Entschädigungsgesuch des Bibliothekars konnte der vorgeschickten Zeit wegen nicht mehr erledigt werden.

Worms. In der am 30. März bei Eblich abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, daß das Lokal von Otto Maswig von den Mitgliedern nicht mehr besucht werden soll, da uns derselbe das Lokal verweigert hat. Dagegen soll das Lokal von Eblich am Marktplatz häufiger besucht werden. Dazu mußten wir leider zur Wahl der Ortsbeamten schreiten, da die bisherigen gezwungen sind, den Ort in kurzer Zeit zu verlassen. Es wurden gewählt: Schlosser Richard Köhne, Schauffser 28, als Bevollmächtigter; Schmied Gustav Albert, Weinberge 46, als Kassierer; Aug. Kleinwals, Karl Postian und Hans Reuner als Revisoren. — Kollegen, wir ersuchen Euch, so weiter zu agieren wie bisher, dann wird die Verwaltungsstelle auch Fortschritte machen. Hauptsächlich sind es die älteren Kollegen, bei denen noch ein gutes Stück Aufklärung noch thut; sorgt dafür, daß Ihr auch diese Kollegen noch dem Verbande zuführt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

An die Verwaltungen, Vertrauensmänner und Bevollmächtigten richten wir hierdurch das Ersuchen, alle an den Vorstand bestimmten dringenden Sendungen während der Dauer der 2. ordentlichen Generalversammlung an die Adresse des Hauptkassiers, **Chr. Werner, Magdeburg-Sudenburg, Leipzigerstraße Nr. 52, „Restaurant Friedrichshof“** zu richten. Alle Sendungen, die jedoch erst Freitag, den 19., oder Sonnabend, den 20. April in dem Abgangsort auf die Post gegeben werden, sind mit der bestimmten Verbandsadresse in Stuttgart zu versehen.

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß ein Former Karl Hildebrand, geb. den 28. November 1857 zu Nieder-Madenstein, die verschiedenen Verwaltungen bereist und vorgibt, er habe sein Buch verloren. Als Hauptnummer gibt er Nr. 4348 an und will durch Vermittlung des früheren Vertrauensmannes in Chemnitz als Einzelmitglied dem Verbands beitreten sein. Einkommungen ergaben, daß Hildebrand unter dieser Nummer nicht eingetragen ist. Da schon vor Jahresfrist, nach den Personalien zu schließen, derselbe Hildebrand ebenfalls in gleicher Weise die Verwaltungen bereist, nur mit dem Unterschied, daß er damals Buch Nr. 6348 verloren haben wollte, darf man wohl annehmen, daß man es hier mit einem Schwindler zu thun hat, wofür schon der Umstand spricht, daß er sich nie direkt an den Vorstand um Ausstellung eines Ergebungsbuches wendet, sondern stets durch Vermittlung eines Dritten, dem er sein Bekommen andeutet, daß sein Ergebungsbuch noch nicht vom Vorstand an dessen Adresse gelangt sei. Dies zur Warnung für die Verbandsmitglieder.

Folgendes Mitgliedsbuch ist ungültig und aufzuheben: Nr. 90428 des Schlossers Guido Gädert, geb. zu Meichenbrand am 28. April 1874.

Der frühere Bevollmächtigte der Sektion der Schmiede in Hannover, der Schmied Heinrich Bod, geb. zu Hilsenwalde am 19. April 1868, wird auf Antrag der Sektion der Schmiede in Hannover wegen Veruntreuung von Verbandsgehältern aus dem Verband nach § 8 Abs. 7a ausgeschlossen.

In inländischen Zeitungen werden von dem Annoncen-Bureau Aug. J. Wolff in Kopenhagen gesucht: ein tüchtiger junger Klempner und eine tüchtige junge Materialin auf Mispfaden (nickend, und Wiener). Wie dem Vorstand mitgeteilt wird, sind in der Metallwaarenfabrik für immatriulierte Wiener Mispfaden von Emil Lorenzen in Kopenhagen Differenzen ausgebrochen und daher Bezug von Klempnern, Materialen und Bünglern strengstens fern zu halten.

Die Feilenhauer in Budapest ersuchen, den Bezug von Feilenhäutern fernzuhalten, da bei der Firma M. Schumann & Kühnemann Lohn Differenzen herrschen. Angeblich will sich die Firma aus Deutschland Arbeiter bringen lassen.

Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Verne fern zu halten: Holz- und Metallarbeiter von Gütrow (Mecklenburgische Waggonfabrik), Leipzig-Gutrig (Motoren-Fabrik Groß & Co.), Arbeiter der Fahrradbranche von Nürnberg (Velocipedfabrik Marschall), Metallarbeiter von Nürnberg (Schneider, Metallwaarenfabrik), Schmiedung, Doos, Forner von Ansbach, München (Kistermann) & Wallenstein, Feilenhauer von Ludwigshafen (Heurer & Egelwart), Klempner von Flensburg (Metallwaarenfabrik von Chr. J. Wölber).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind vom 19. April ab nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Adenauerstraße 160, 1.

zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einzahlungsgehalt, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegiertensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro März 1895.

Einnahme. Kassenbestand Ende Februar M 10,146,90. Beitrittsgehalt und Bei-

träge: G. W. Vize 10, Sollingen 89,17, Nürnberg, Holz- und Glodengießer 116,95, Nürnberg, Flaschner 100, Wilhelmshaven-Vant 11,06, Wünnen, Zehlför 70, Freising 80, Engerhausen 80, Jenseitoda 28,77, Weitz 120, Herzfeld 14, Chemnitz 300, Wittwe 55, Neufeld 74,85, Wagnereifabrik 131, Silberdorf 74,00, Neumünster 100, Stettin 150, Mathenow, Weissen- und Vincenzarbeiter 100, Mathenow, Wagn. 30, Thon 7,05, Flensburg, Klempner 49,05, Leipzig-Zentrum 100, Holzera 30, Bromberg 14,60, Pöschel 90, Garburg 90,65, Stuttgart 100, Kirch, Schäger 127,45, Weizen 80, Sebalderdick 26,10, Bernburg 25, J. W. Mühlstein 4, Braunschweig, Schlosser 200, Schilling-Doos 65, Schmölln 18, J. L. Wagn. 10, Wrenstan 60, Wilhelm a. Mülz 10, Cannstatt 60, Nordorf b. Berlin 15, Suhl 13,10, G. J. Weitz, No. 2 10, Flensburg 200, Schwelm 67,50, Durlach 103,70, Altona 15,00, Detmold 9,55, Leipzig-West 215,45, Chemnitz, Feilenhauer 60,80, Offenbach a. M. 100, W. N. Solingen 6,76, Nuerbach i. V. 30, W. a. n. h. e. l. m. 200, Magdeburg-Neustadt 80, Seibenberg 40, Leipzig-Nord 70,85, Warstabe 87,05, Jena 20, Wünnen, Forner 52,50, Breslau, Henschelmiede 88,05, Nürnberg, Schlosser 308,00, D. J. Helmstedt 6, Offenbach i. W. 30,80, Limbach 10, Braunschweig, Klempner 30, Weizen 50, Flensburg i. V. 50, Magdeburg-Sudenburg 53,80, Schwabach 15,07, Chemnitz 400, Tuttlingen 41,15, Linden b. Hannover 200, Düsseldorf 60, Altona, Schmiede 44,50, Brunsbüttel 45, Heidenheim 20,10, Wittweheim a. M. 41,10, Weichenbach i. V. 42, Weichenbach 15, Weichenbach 20,00, Breslau 80, Dresden-N. 42,80, Furtwangen 24,11, Karlsruhe-Mühlburg 60, Mathenow, Weissen- u. Vincenzarb. 50, Solingen 60, Altona, Klempner 191,00, Danabrad, Forner 80, Kirchheim u. Fed 27,30, Jenseitoda 8,54, Weizen (Dorf) 100, Glogau 24,85, Stuttgart, Flaschner 23,55, Einzelmitglieder der Hauptkasse 284,70. — Delegiertenmarken & 10 M.: Solingen 900, Nürnberg, Holz- und Glodengießer 12,00, Nürnberg, Flaschner 21,80, Wilhelmshaven-Vant 23,60, Jenseitoda 2,80, Weitz 0,50, Neufeld 10,30, Magdeburg-Vandau 7, Silberdorf 5, Thon 1, Flensburg, Klempner 8,20, Bromberg 2,10, Pöschel 8,40, Garburg 8,80, Schilling-Doos 20,90, Schmölln 0,50, Suhl 0,20, Schwelm 7,80, Durlach 0,20, Altona 0,70, Detmold 1, Leipzig-West 23,20, Chemnitz, Feilenhauer 4,80, Wünnen 2,20, Leipzig-Nord 22,50, Warstabe 2,40, Wünnen, Forner 7,80, Braunschweig-Schmiede 0,90, Limbach 6, Magdeburg-Sudenburg 3,80, Schwabach 9, Tuttlingen 7,80, Stettin 42,10, Düsseldorf 14, Altona, Schmiede 2,50, Heidenheim 4,10, Wittweheim a. M. 3,50, Weichenbach 0,20, Dresden-N. 14,10, Furtwangen 1,40, Karlsruhe-Mühlburg 5,70, Altona, Klempner 9,50, Kirchheim u. T. 1,20, Jenseitoda 1,80, Glogau 0,80, Stuttgart, Flaschner 2,80, Einzelmitglieder der Hauptkasse 68,20. — Reservefondsmarken & 15 M.: Solingen 1,50, Nürnberg, Holz- u. Glodengießer 0,15, Wilhelmshaven-Vant 38,45, Jenseitoda 4,85, Neufeld 14,85, Magdeburg-Vandau 12, Silberdorf 8,40, Thon 1,95, Flensburg, Klempner 3,75, Bromberg 3,30, Pöschel 6,00, Garburg 11,85, Schilling-Doos 14,10, Schmölln 1,50, Suhl 0,15, Schwelm 9,90, Durlach 12,90, Altona 1,50, Detmold 1,80, Leipzig-West 12,80, Chemnitz, Feilenhauer 6,75, Wünnen 3, Leipzig-Nord 31,05, Warstabe 2,40, Wünnen, Forner 9,00, Braunschweig, Henschelmiede 1,05, Limbach 8, Magdeburg-Sudenburg 6, Schwabach 11,85, Tuttlingen 10,95, Stettin 69,65, Düsseldorf 20, Altona, Schmiede 3, Heidenheim 6, Wittweheim a. M. 5,40, Weichenbach 0,60, Dresden-N. 19,90, Furtwangen 2,55, Karlsruhe-Mühlburg 7,35, Altona, Klempner 16,05, Kirchheim u. T. 1,50, Glogau 1,05, Jenseitoda 4,50, Stuttgart, Flaschner 3,75, Einzelmitglieder der Hauptkasse 85,65. — Sonstige Einnahmen: für Protokolle: Berlin-Moabit 12, Berlin-Zentr. 1, Bochum 0,40, Frankfurt a. M. 5, Wünnen 0,60. — Zurückgezahltes Meißelgeld: Braunschweig. — Erschließung: Nürnberg, Schlosser 1,10. — Zeitungsmarken: Stuttgart, Flaschner 0,40. — Einzelmitglieder der Hauptkasse: Bezahlt Porto 64,91. Hauptkasse: Zurückgezahlte Streikgeber 100, Zurückgezahlte Unterstützung nach § 2c 11,90. Für Arbeitsverzeihnisse incl. Porto 16,79. Erschließung 20, Notizblätter 3,50, Helfershandbücher 4,50. — Für den Streik in Gütrow: Nuerbach i. V. 1,80, Weichenbach 3, Schwert 6,70, Solingen 1,40, Dresden-N. 340, Kirchheim u. T. 6,85. Summa M 18,081,22.

Ausgabe: Metallarb.-Zeitung M 2600, Druckarbeiten 60, Kantienkempel 21,20, Gehalt der Bureaubeamten 300, Hilfsarbeit 345, Entschädigung der unbesoldeten Vorstandsmittelglieder 56,75. An den Ausschuss 100, An die Revisionskommission 20, Agitation 9,10, Rechtschutz 118,50, Streikunterstützung nach Flensburg 200, Gütrow 1400, Nürnberg 2000, Weizen 100, Unter-

stützung nach § 2c 44, Revisionen 176,75, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung 15,04, Bureauleihe pro 1. Quartal 1895 170, Bureauleiheung 8, Wagn. u. Schreibe-material 16, Sonstige Ausgaben 24,86, Porto laut Buch 127,29, Buchkäufe an die Geschäftsstellen: Jagen i. W. 40, Danabrad 100, Danberg 70, Schilling 20, Glogau 70, Konstant 40, Weizen 30, Nürnberg 30, Worms 50, Wagn. a. D. 85, Schmied 100, Ansbach 30, Flensburg 50, Bonn 50. Summa M 8820,62.

Bilance:

Einnahme M 18,081,22, Ausgabe „ 8,021,52, Kassenbestand „ 10,059,70.

Gerichts-Zeitung.

Stuttgart, 4. April. (Strafkammer.) Einem Diebstahl und zweier Vergehen der Untrene je zusammenfassend mit einem Vergehen der Unterschlagung war heute der 40jährige verheiratete Metallarbeiter August Junge von Jedlig, preussisches Landgericht Schwelblich (Schlesien), bisher unbestraft, angeklagt. Die Anklage legte ihm zur Last, er habe, als früherer erster Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, von den Verbandsgehaltern im Laufe des vorigen Jahres sich M 140 angeeignet und für sich verbraucht, ebenso weitere M 84 aus dem von ihm verwalteten Fonds zur Unterstützung der Familie des verstorbenen Verbandskassiers Edmund Goldbach, dem sog. Goldbach-Fonds, auch habe er einem Bureauhilfsarbeiter auf dessen Post allmählich Postmarken im Betrag von mindestens 76 M. entwendet. Junge wurde am 1. Februar ds. J. seiner Stelle als erster Vorsitzender des genannten Verbandes erhoben und in Folge einer Strafanzeige des Hauptkassiers in Untersuchungshaft genommen. Bezüglich der Unterschlagung war derselbe im Wesentlichen geständig. Den Diebstahl dagegen zog er in Abrede. In seiner Entschuldigungs bemerkte er, seine Frau sei in letzter Zeit mehrmals schwer krank darnieder gelegen, hierdurch seien ihm sehr erhebliche Ausgaben erwachsen, er habe 7 Kinder, sein Monatsgehalt betrage M 150 und habe unter solchen Umständen nicht hinreichend, nur in größter Noth habe er im Mai v. J. eine von Moskau eingekommene Zahlung von M 40 an sich genommen und später einen Betrag von M 100, jedoch nicht in der Absicht, die Kasse dauernd zu schädigen, sondern mit dem Vorsatz, die Entnahmen so bald als möglich wieder zu ersetzen, nöthigenfalls würete er einen Theil seines Mobiliars verkauft oder Verwandte um Hilfe angegangen haben. Für den Betrag von M 100 habe er dem Verbandskassier einen Wechsel als Deckung gegeben und die dem Goldbach-Fonds entnommene Summe habe er als Darlehen bezw. Zinsenrücklage angesehen. Die Strafkammer fand ihn gleichwohl der Unterschlagung schuldig und verurtheilte ihn, jedoch unter Annahme mildernden Umstände, zu 2 Monaten 15 Tagen Gefängnis, worauf 15 Tage für Untersuchungshaft angerechnet wurden, sprach ihn dagegen entsprechend dem Antrage des Verteidigers Rechtsanwalt Fr. Haug a. u. von der Anklage des Diebstahls mangels ausreichenden Schutzbeweises frei. Die Haftentlassung ist von der Stellung einer Kaution von M 500 bedingt.

Vermischtes.

Die 2. Generalversammlung des Unterstützungsvereins der Kupfer- und Zinkarbeiter Deutschlands fand vom 25. bis 28. März in Bonn abgehalten statt. 38 Delegierte vertraten 2593 Mitglieder. Vom 1. April 1892 bis 31. Dezember 1894 wurde ausgegeben für Mitunterstützung 30,340,05, für Ortsunterstützung 20,137,55, an arbeitsunfähige Mitglieder 854, für das Vereinsorgan 8779,25, für Verwaltungskosten einschl. Generalversammlungen und Generalkommission und Druckkosten 14,048,87 M. Die Gesamtausgabe betrug 95,613,78 M., die Einnahme einschl. Bestand (1876/81) 108,643,23 M. Betr. der Hilfsarbeiter erklärte man sich im Prinzip für deren Aufnahme, sah aber zur Zeit davon ab und empfahl den Kollegen für eine Organisation derselben Sorge zu tragen. Der Wochenbeitrag (25 M.) wurde für das Sommerhalbjahr auf 30 M. erhöht. Im Uebrigen beschäftigte man sich mit Änderungen der Unterstützungsbestimmungen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband veröffentlicht die Abrechnung für das 2. Quartal 1894, welche Folgendes ergibt: Einnahmen: Beitrittsgehalt M 1039,20, Beiträge 48,227,35, sonstige Einnahmen 652,61, Saldo für 4. Quartal 368,60. Summa 50,887,76. Ausgaben: Mitunterstützung 13,537,97, Bureauhilfsunterstützung 711,15, Rechtschutz 777,40, Agitation 353,83, Nothfallunterstützung 395, sonstige Ausgaben 291,66, Anteil der Sozialkassen 15,951,54, Holzarbeiterzeitung 12,000, Druck- und Buchdruckerarbeiten, Marken und Stempel 989,16, Gehälter und Entschädigung an Vorstandsmittelglieder 2181,80,

sonstige Verwaltungskosten 721,85, General-Kommission 1080, Saldo vom 2. Quartal 280,03. Summa 40,231,67, ...

Agitationskommission

Für das Herzogthum Braunschweig und angrenzende Bezirke.

Die Adresse des Obmannes ist jetzt: R. Probst, Braunschweig, ...

Litterarisches.

Heft 27 des Volks-Zeikon, herausgegeben von Emanuel Warm, Verlag von Wörlein & Comp., ...

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, S. G. W. Dieß) Verlag ist soeben das 27. Heft des 18. Jahrgangs erschienen.

Briefkasten.

J. J. Hamburg. Beschriebenes ist in verschlossenem Couvert zu senden und ordnungsgemäß zu frankieren.

Dr., Karlsruhe. Wo ist die neue Verwaltungsstelle gegründet worden?

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Waldau. Sonnabend, 18. April, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Restaurant „Vorwärts“.

Jugsbury. Samstag, 18. April, Mitglieder-Versammlung. T.O.: Zahlen der Beiträge und Neuaufnahme.

Hamburg. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Mittwoch, 17. April, Abds. 9 Uhr, bei Eberbrock.

Worms. Samstag, 18. April, Abds. 8 Uhr, Versammlung im Lokal. T.O.: Abrechnung.

Worms. Samstag, 18. April, Abds. 8 Uhr, Versammlung im Lokal. T.O.: Abrechnung.

Worms. Samstag, 18. April, Abds. 8 Uhr, Versammlung im Lokal. T.O.: Abrechnung.

Worms. Samstag, 18. April, Abds. 8 Uhr, Versammlung im Lokal. T.O.: Abrechnung.

Worms. Sonnabend, 20. April, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal.

Worms. i. Schloß. Am 1. Osterfeiertage Nachm. 2 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Worms. a. S. Sonnabend, den 18. April, Mitglieder-Versammlung bei Faulmann.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Hamburg. (Sektion der Goldarbeiter, Silber etc.) Mittwoch, 17. April, Abds. halb 9 Uhr.

Wiesbaden. Laut Beschluß der Versammlung vom 6. April wird die Metall-Verb.-Zg. wegen der hohen Kosten nicht mehr angefragt.

Bittau. Dienstag, 16. April, Abends halb 9 Uhr, Bahlabend in Hermann's Restauration.

Oeffentl. Versammlungen.

Bernburg. Sonnabend, den 20. April, Abds. 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-

terversammlung bei Hammer, Steinstr. 4. T.O.: Berichterstaltung von der Generalversammlung.

Dresden. Sonnabend, 20. April, Abds. 9 Uhr, im kleinen Saale des „Titanon“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Wismar. Sonnabend, 20. April, Abds. punkt halb 9 Uhr, in Ottiger's „Vereins-bierhalle“ öffentliche Metallarbeiter-

Anzeigen.

Nachrufe.

Am Montag, den 26. März, verstarb in Folge eines Unglücksfalls unser Verbandsmitglied, der Schlosser

Johann Putsch. Wir verlieren in ihm ein eifriges und treues Verbandsmitglied.

Die Mitglieder der Zahlstelle Kiel.

Am 12. März starb nach langem Leiden unser Kollege, der Former

Otto Pösch. Im Alter von 47 Jahren. Wir bewahren ihm ein ehrendes Andenken.

Am 28. März verstarb nach kurzem schweren Leiden der Schlosser

Paul Hübner. Er war ein treuer eifriger Mitkämpfer für unsere Sache.

Die Einzelmitgl. von Leipzig, West.

Statt besonderer Meldung:

Emil Illgen, Anna Illgen, geb. Lender, Vermählte. Bergedorf, den 4. April 1895.

Der Schlosser Andreas Rahm wird ersucht, seine Adresse der Verwaltungsstelle Rosenheim bekannt zu geben.

Der Schlosser Otto Ebert, geboren zu Sandshera a. d. Warthe, einget. am 31. Jan. 1894 in Bani, wird aufgefordert.

Dem Kollegen Max Hübner, Fellenhauer zur Notiz, daß sein Mitgliedsbuch von Freiburg i. Sch. in Bittau nicht angekommen ist.

Ich ersuche um gefl. Angabe der Adresse des Mechanikers Fr. Klöpffer aus Bielefeld betr. Engagement.

Carl Gürk, v. Adr.: Wiggerl-Wurger & Co., Ulmen-Platz (Vorarlberg).

Anfrage. Kann mir ein Kollege Auskunft geben, von wem man ein Spiel genannt Holzschleßen beziehen kann.

Friedr. Schneckenburger, Bevollmächtigter in Tullingen.

Der Schmelz Richard Daur, geb. zu Leipzig am 19. Sept. 1874, eingetret. zu Jossen, wird hiermit ersucht.

2 tüchtige Fellenhauer sofort gesucht. W. Krühl, Götrow.

Fellenhauer, guter Arbeiter, kann für längere Zeit lohnende Arbeit erhalten.

Ernst Robat, Fellenhauermeister. Leipzig, Davidstr. 8.

Posten als Betriebsleiter

Sucht erfahrener Werkmeister einer der größten Metallwaarenfabriken Oesterr., über Presserei, Dreherei, Treibriem- und Gürtlerei.

Gestl. Anträge sub. S. W. 2197 an Hauptstellen & Vogler (Otto Maas), Wien I, erbeten.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wie allgemein bekannt, wurden die von der Erfurter Ausperrung betroffenen ca. 100 Arbeiter durch die Noth dazu gedrängt, eine

Genossenschaft für Schuhfabrikation

in's Leben zu rufen, um nicht elend zu Grunde zu gehen. Um aber einen solchen Betrieb gegenüber der Konkurrenz zu erhalten, ist es nothwendig, denselben mit allen technischen und maschinellen Betriebsmitteln auszustatten.

Deutschen Schuhfabrik, Erfurt,

Uddestedterstraße.

zu beziehen. Die Waare ist solid, elegant und preiswerth und kann mit jedem Fabrikat der Konkurrenz sich messen.

Filialgeschäfte befinden sich in folgenden Orten: Hannover, Eppingen, Lagermarkt 7a; Hamburg, Köhler, Wegstraße 8a; Bremen, Lorenz, Dovenhorststraße 25; Braunschweig, Th. Rogge, Obde 4; Köln, Willmann, Engelstein 66; München, Danguiller, Sendlingerstr. 15; Stangl, Dachauerstraße; Frankfurt a. M., Brünne, Liebfrauenberg 26; Berlin, Bellealliancestraße 98/99, Rosenthalerstraße 63/64; Magdeburg, Meyer, Spiegelbrücke.

Genossen und Genossinnen, unterstützt uns durch Kauf der Waaren nach Kräften. Mit kameradschaftlichem Gruß. S. A.: W. Bock, Geschäftsführer.